

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 8

August 1951

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Neue Höhepunkte in Industrieproduktion, Beschäftigung, Ein- und Ausfuhr — Lebhaftere Umsatztätigkeit — Sekundäre Preisreaktionen

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

### Tarifmaßnahmen der Bundesbahnen im Personenverkehr

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

### Neue Höhepunkte in Industrieproduktion, Beschäftigung, Ein- und Ausfuhr — Lebhaftere Umsatztätigkeit — Sekundäre Preisreaktionen

Die österreichische Wirtschaft wird gegenwärtig von starken expansionistischen Kräften beherrscht.

Die Industrieproduktion erreichte trotz Engpässen in der Rohstoffversorgung im Juni mit 178 % von 1937 eine neue Rekordhöhe, der Stand der Beschäftigung ist höher als in irgend einem Zeitpunkt vorher, die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden ist auf 3,5 % des gesamten Arbeitskräfteangebotes zurückgegangen, der Wert der eingeführten Güter übertraf im Juli die bisher höchsten Ziffern. Schließlich werden auch von den wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsgebieten befriedigende Ernteergebnisse gemeldet (was nicht hindert, daß einzelne landwirtschaftliche Güter noch immer knapp sind).

Die starke Dynamik auf der Nachfrageseite äußerte sich in übersaisonnäßig hohen Einzelhandelsumsätzen, in der anhaltenden Baukonjunktur und in der starken Nachfrage des Auslandes nach Gütern und Dienstleistungen. (Die Ausfuhr erreichte im Juli einen neuen Höhepunkt, die Erlöse aus dem Ausländer-Fremdenverkehr waren in der Sommersaison beträchtlich höher als im Vorjahr.) Der Lebenshaltungskostenindex (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema) ist in der Berichtsperiode um weitere 4,7 % gestiegen und dürfte angesichts der noch zu erwartenden sekundären Reaktionen des Preis-Lohn-Abkommens, der noch nicht berücksichtigten Erhöhung der Personentarife der Bahn und der saisonmäßigen Auftriebenden im

Herbst und Winter, in den kommenden Monaten weiter steigen.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die Ausdehnung des Kreditvolumens und Notenumlaufes. Wohl sind infolge der Rüstungskonjunktur in allen Ländern inflationistische Tendenzen fühlbar geworden, und sicher kann Österreich sich dieser Entwicklung nicht entziehen. Aber es ist doch wesentlich, innerhalb welcher Grenzen der inflationistische Prozeß eingedämmt wird. Während in Österreich die Lebenshaltungskosten seit dem Ausbruch des Koreakonfliktes um nicht weniger als 40 % gestiegen sind, betrug die Erhöhung in Westdeutschland und Großbritannien 10 %, in den USA 8 % und in der Schweiz gar nur 6 %. Dabei fällt besonders ins Gewicht, daß es in den meisten anderen Ländern bereits gelungen ist, die Preisauftriebstendenzen weitgehend aufzufangen, während in der österreichischen Wirtschaft noch immer starke innere Spannungen bestehen, und zu einer stärkeren Dynamik drängen.

Die erhöhte inländische Nachfrage spiegelt sich insbesondere in den *Einzelhandelsumsätzen* wider. Während der Geschäftsgang im Einzelhandel in den Monaten Februar bis Mai ungewöhnlich flau war und Absatzstockungen, Zunahmen der Lagerbestände und ein Nachlassen der Auftragseingänge Preisrückgänge erwarten ließen, stiegen die Einzelhandelsumsätze bereits im Juni wieder um 13 % und haben diesen Stand entgegen den Saisonerwartungen auch im Juli gehalten. Im August dürften die Umsätze

wegen der Einkommenserhöhungen im Zuge des 5. Preis-Lohn-Abkommens zumindest wertmäßig weiter gestiegen sein.

Die Belebung der Nachfrage ab Juni erleichterte es den Betrieben, die gesteigerten Gesteigungskosten auf die Preise zu überwälzen. Der *Lebenshaltungskostenindex* nach einem friedensmäßigen Verbrauchschema ist von Mitte Juli bis Mitte August um weitere 4,7% (von 608,5 auf 637,4; März 1938 = 100) gestiegen und überschritt damit den Stand vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen (Mitte Juni 1951) bereits um 14,8%. Außer den im Abkommen vereinbarten neuen Tarifen wurden im August Reis, Eier, Kaffeemittel, Ober- und Unterbekleidung, Schuhe, Möbel, Papierwaren, Kino und Friseur teurer. Nicht ganz zwei Drittel der gesamten Verteuerung der Lebenshaltung seit Mitte Juni entfallen auf unmittelbar im Abkommen verfügte Preiserhöhungen, weit mehr als ein Drittel hingegen auf „sonstige“ Preiserhöhungen. Wenn auch nicht alle „sonstigen“ Preiserhöhungen in ursächlichem Zusammenhang mit dem Abkommen stehen, sondern zweifellos auch Saisoneinflüsse und die Nachwirkungen der Rohstoffhausse eine Rolle spielen, so läßt sich doch nicht übersehen, daß die sekundären Preisreaktionen auf das 5. Preis-Lohn-Abkommen bereits bisher ungewöhnlich stark waren und wohl auch in den kommenden Monaten noch mit stärkeren Preisanpassungen gerechnet werden muß.

Im Gegensatz zu den Kleinhandelspreisen blieben die Rohstoffpreise im August weitgehend stabil. Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte Juli bis Mitte August sogar um 0,6% gesunken (von 795 auf 790; März 1938 = 100), allerdings vorwiegend infolge Preisrückgängen bei wichtigen ausländischen Rohstoffen (Wolle, Kautschuk, Zinn). Inländische Rohstoffe und Halbfabrikate (u. a. Leder, Petroleum, Benzin, Baustoffe, Aluminium, Zellulose) wurden hingegen vielfach teurer. Diese gegenläufige Entwicklung führt die heimischen Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate wieder an die nach Ausbruch des Koreakonfliktes stark gesteigerten Weltmarktpreise heran. Im April 1951 waren die im Großhandelspreisindex enthaltenen ausländischen Rohstoffe im Durchschnitt um 136% teurer als zu Beginn des Koreakonfliktes (Juni 1950), die inländischen Rohstoffe und Halbfabrikate hingegen nur um 56%. Bis Mitte August 1951 ist jedoch der Vorsprung der auslandsabhängigen Preise bereits von 51% auf 13% zusammengeschrumpft, obwohl sich die Kostenverteuerungen des 5. Preis-Lohn-Abkommens erst teilweise in höheren inländischen Rohstoffpreisen niedergeschlagen haben.

Bedeutet die Erhöhung der Preise für heimische Rohstoffe und Halbfabrikate im allgemeinen nur eine Angleichung an die Preisverhältnisse auf den Weltmärkten, so ist andererseits zu befürchten, daß das gleichzeitige rasche Nachrücken der inländischen *Fertigwarenpreise* beträchtliche Teile des innerösterreichischen Preisniveaus über die Weltmarktpreise hinaustreibt. Während es in den wichtigsten Welt handelsstaaten verhältnismäßig gut gelungen ist, die Verteuerung der Rohstoffe in den weiterverarbeitenden Stufen aufzufangen, so daß die Fertigwarenpreise im allgemeinen nur wenig gestiegen sind, gleichen sie sich in Österreich immer mehr den hohen Rohstoffpreisen an. Im Mai 1951 waren die Großhandelspreise um 36%, die Lebenshaltungskosten hingegen erst um 17% höher als zu Beginn des Koreakonfliktes (Juni 1950). Von Mai bis August 1951 sind jedoch die Großhandelspreise nur noch um 11,6%, die Lebenshaltungskosten hingegen bereits um 19,6% gestiegen. Waren die Großhandelspreise von Juni 1950 bis Mai 1951 den Lebenshaltungskosten um 16,2% vorausgeeilt, so betrug der Abstand zwischen beiden Indizes im August 1951 nur noch 8,4%.

Angesichts dieser Preisentwicklung scheinen ernste Rückwirkungen auf den österreichischen Außenhandel mit Fertigwaren nahezu unvermeidlich. Sie werden allerdings erst in einigen Monaten die Außenhandelsergebnisse beeinträchtigen, da die Lieferungen den Bestellungen stets um einige Monate nachhinken und es einiger Zeit bedarf, ehe sich die Wirtschaft auf die neuen, durch das 5. Preis-Lohn-Abkommen geschaffenen Kalkulationsgrundlagen umstellt. Zunächst ist die österreichische Außenhandelssituation noch bemerkenswert günstig. Im Juli — der letzte Monat, für den endgültige Ergebnisse vorliegen — wurden Waren im Werte von 911,8 Mill. S exportiert, um 34,2 Mill. S mehr als im Juni. Dem Volumen nach wurde um 22% mehr ausgeführt als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1937. Auch die Einfuhr stieg — allerdings nicht im gleichen Maße wie die Ausfuhr — und erreichte mit 1.254,7 Mill. S einen neuen Höhepunkt. Der Einfuhrüberschuß im kommerziellen Verkehr war mit 57,4 Mill. S der niedrigste im laufenden Jahr. Im Außenhandel mit der EZU entstand ein Einfuhrüberschuß von 3,5 Mill. \$.

Die *Währungspolitik* fördert zwar nicht die Nachfragehausse durch eine übermäßige Geldschöpfung, unterläßt aber ebenso jeden nachhaltigen Versuch, die Preisaufrichtungstendenzen durch monetäre Maßnahmen zu dämpfen. Das gesamte Geldvolumen

ist im Juli um weitere 250 Mill. S gestiegen und erreichte Ende dieses Monats 15.652 Mill. S, um 7,2% mehr als zu Beginn des Jahres. Im August ist das Geldvolumen entsprechend dem höheren Geldbedarf der Wirtschaft infolge des 5. Preis-Lohn-Abkommens stärker gestiegen. Der Notenumlauf erhöhte sich um 394 Mill. S, die freien Giroguthaben öffentlicher Stellen bei der Nationalbank um 306 Mill. S und der Gesamtumlauf der Nationalbank um 703 Mill. S. Selbst wenn man nur eine geringfügige Zunahme der Scheckeinlagen in Rechnung stellt, ist eine Ausweitung des gesamten Geldvolumens um 750 bis 800 Mill. S oder um rund 5% des Standes von Ende Juli zu erwarten.

Ebenso wie in den Vormonaten sind auch im Juli der Notenumlauf stark, die Scheckeinlagen hingegen nur geringfügig gestiegen. Der Notenumlauf hat damit die Scheckeinlagen, die zu Jahresbeginn stark zugenommen haben, nahezu eingeholt. Ende Juli waren sowohl der Notenumlauf als auch die Scheckeinlagen um 7% höher als Ende 1950. Während in den Jahren 1948 bis 1950 die Scheckeinlagen regelmäßig dem Notenumlauf beträchtlich voraus-eilten, scheint sich nunmehr ein „normales“ Verhältnis zwischen beiden Geldarten einzuspielen, das wohl kurzfristig durch außergewöhnliche Einflüsse, wie etwa die Rohstoffhausse auf den Weltmärkten, gestört werden kann, auf längere Sicht jedoch ziemlich konstant bleibt. Erweist sich diese Annahme als zutreffend, so ergeben sich daraus für die Kreditpolitik zwei wichtige Konsequenzen. Einmal wird sich in Zukunft jede zusätzliche Kreditausweitung, soweit sie nicht durch Eingänge auf den Erlöskonten der Auslandshilfe gedeckt ist, rascher und nachhaltiger im Notenumlauf niederschlagen als bisher. Zum anderen aber sind die Kreditinstitute in ihrer Kreditpolitik in Zukunft stärker auf die Unterstützung der Notenbank angewiesen, da sie nicht mehr damit rechnen können, daß der überwiegende Teil ihrer zusätzlichen Kredite durch neue Einlagen gedeckt wird. Die Notenbank erhält auf dem Wege über Diskontpolitik und Liquiditätsvorschriften einen wachsenden Einfluß auf das Kreditvolumen, über-

nimmt damit aber gleichzeitig auch wieder die volle Verantwortung für die künftige Währungspolitik.

Die *Industrieproduktion* ist im Juni — spätere Gesamtergebnisse liegen noch nicht vor — trotz Rohstoffknappheit und Produktionsengpässen in fast allen Sparten wieder erheblich gestiegen. Der Gesamtindex der Industrieproduktion erreichte mit 178,2 (1937 = 100) eine neue Rekordhöhe, die um 9,3% über dem bisherigen Höchststand vom April dieses Jahres liegt. Besonders stark konnte im Juni die Produktion in der Fahrzeugindustrie (+ 28%), in den Metallhütten (+ 5%), in der eisenschaffenden Industrie (+ 24%), im Bergbau (+ 17%) sowie in der Textil- und Elektroindustrie (+ 14%) gesteigert werden. Auch im Juli hielt die Produktion im allgemeinen ein hohes Niveau, dürfte aber wegen der Urlaube den Stand vom Juni nicht mehr ganz erreicht haben.

Nichtamtliche vorläufige *Ernteberichte* aus den wichtigsten Produktionsgebieten melden im allgemeinen befriedigende Ergebnisse. Die Hektarerträge sind bei allen Getreidearten (bei Hafer sogar beträchtlich) höher als im Jahre 1950 und übertreffen die langjährigen Vorkriegswerte um 10 bis 20%. Verminderungen der Anbauflächen und Verluste durch Hagel und Überflutungen dürften allerdings die Gesamternte an Brotgetreide wahrscheinlich etwas niedriger als im Jahre 1950 ausfallen lassen. An Gerste und Hafer wurden jedoch um etwa 30% mehr geerntet als im Vorjahr.

Auf dem *Arbeitsmarkt* halten die Auftriebstendenzen zunächst noch an. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Juli um weitere 15.000 und liegt mit 2.004.600 um nahezu 3% höher als in den letzten Jahren. Gleichzeitig ist die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 6.500 zurückgegangen und betrug zu Ende des Monats nur noch 74.400 oder 3,5% des Angebotes an unselbständigen Arbeitskräften (Beschäftigte plus Arbeitslose) gegen 4,6% Ende Juli 1950. Im August hat der Rückgang der Arbeitslosigkeit vorwiegend saisongemäß nachgelassen. 3.700 verfügbare Arbeitslose wurden neu in den Arbeitsprozeß eingegliedert, gegen 3.400 im August 1950.

### Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 420-421

Das *Geldvolumen* (Notenumlauf plus Sicht-einlagen bei der Nationalbank und den Kreditinstituten — ohne Guthaben von Kreditinstituten) erhohlte sich im Juli weiter um 250 Mill. S auf 15.652 Mill. S; und zwar wuchsen der *Banknoten-umlauf* um 198 Mill. S (auf 6.796 Mill. S) und die Scheckkonten bei den Kreditinstituten um 87 Mill. S, wovon ein Rückgang der nicht Kreditinstituten ge-hörenden freien Nationalbankguthaben in Höhle von 35 Mill. S abzusetzen ist. Das Geldvolumen ist damit um 1.045 Mill. S oder 7,2%, der Banknoten-umlauf um 447 Mill. S oder 7% hohler als zu Jahresbeginn.

Die Hauptursache für diese Entwicklung war weiterhin die *Kreditexpansion*. Das Kreditvolumen der Kreditinstitute ist im Juli um 353 Mill. S auf 13.457 Mill. S gestiegen und hat damit den Stand zu Jahresbeginn um 2.780 Mill. S oder 26% überschritten. Von diesem Zuwachs entfallen nur 772 Mill. S oder 27,8% auf ERP-finanzierte industrielle Investitionskredite (Aufbaukredite), d. h. auf Kredite, die auf das Geldvolumen neutral wirken, weil sie durch stillgelegte (von der Bundesnotenschuld an die Nationalbank abgebuchte), aus dem zirkulierenden Geldvolumen gezogene Erloseingange der ERP-Hilfe gedeckt sind.

Auch in dieser Berichtsperiode wurde die Kredit-expansion fast völlig durch die Notenbank finanziert. Da sich die gesamten Einlagen bei den Kreditinstituten nur wenig erhohlt haben — der Zuwachs von 44 Mill. S ergibt sich aus einer Zunahme der Scheck-konten um 87 Mill. S und einer Abnahme der Spar-konten um 43 Mill. S —, waren die Kreditinstitute — wie schon in den beiden Vormonaten — verstärkt auf die Notenbank angewiesen. Diese eskontierte ihnen Handelswechsel im Betrage von 134 Mill. S<sup>1)</sup>, Auf-bauwechsel für 57 Mill. S, Besatzungskostenschatz-scheine für 92 Mill. S und „Liquiditatsstutzungs-schattscheine“ (§ 27 W. Sch. G.) für 7 Mill. S. Außer-dem hoben die Kreditinstitute im Juli per Saldo 22 Mill. S von ihren freien Nationalbankguthaben ab (neuer Stand 171 Mill. S), so daß die *Gesamt-beanspruchung der Notenbank* durch die Kreditinsti-tute — die im Juli mit der Nettobeanspruchung iden-tisch ist — 312 Mill. S erreichte.

Neben der Kreditexpansion wurde der Geld-umlauf durch eine Abbuchung aus dem ERP-Counter-partkonto zugunsten öffentlicher Stellen (auf Grund einer Freigabe für das a. o. Budget und für Preis-

<sup>1)</sup> Das<sup>1)</sup> Handelswechselfortefeuille der Nationalbank be-trug per Ende Juli 1.165 Mill. S, d. i. um 355 Mill. S oder 43,9% mehr als Ende Dezember 1950.

### Finanzierung der Kreditausweitung im Juli

(In Mill. S)

Eskont durch die Notenbank			
Handelswechsel .....	134	Kreditexpansion .....	353
Aufbauwechsel .....	57	Unaufgeklärte Differenz .....	3
Besatzungskostenschattscheine ...	92		
Liquiditatsstutzungs-schattscheine .	7		
Abhebungen von den freien National- bankguthaben der Kreditinstitute.	22		
Einlagenzuwachs .....	44		
	356		356

stützungen, ferner durch Abbuchung von Beträgen des ECA-Anteiles) in Höhle von 110 Mill. S erweitert. Insgesamt war aber auch im Juli die *Counterpart-kontenbewegung* restriktiv, d. h. sie hat den Effekt der Kreditexpansion teilweise kompensiert, da die Eingänge von Erlösen für direkte und indirekte (EZU-Saldenabrechnung) ERP-Lieferungen 199 Mill. Schilling betragen. Aus dem Counterpartkonto wur-den allerdings im Juli außer den oben erwähnten 110 Mill. S noch weitere 12 Mill. S für Industrie-investitionen abgebucht, aber dieser Betrag hat, da er der Technik der ERP-Industriefinanzierung ent-sprechend von der Post „Forderung an den Bundes-schatz“ des Nationalbankausweises abgesetzt wurde<sup>2)</sup>, das Geldvolumen zunächst nicht erhohlt. Die Counter-partkontenbewegung hat daher im Juli das Geld-volumen um 89 Mill. S gesenkt. Auch der Rückgang des *Devisen- und Valutenportefeuilles* der National-bank im Juli um 58 Mill. S (auf 252 Mill. S) wirkte restriktiv. Dagegen wirkte die Abnahme der Spar-konten um 43 Mill. S expansiv; sie ist vor allem auf Abhebungen der Urlauber und Landwirte zu-rückzuführen; teilweise ist sie aber sicherlich auch ein Ausdruck dafür, daß das 5. Preis-Lohn-Abkommen die private Neigung zum Geldsparen neuerlich schwer beeinträchtigt hat.

### Veränderung der Geldversorgung im Juli

(In Mill. S)

<i>Expansive Faktoren</i>		<i>Restriktive Faktoren</i>	
Kreditvolumenerhohung .....	353	Eingänge auf das ERP-Counterpart-	199
Abbuchung aus dem ERP-Counter-		partkonto zugunsten öffentlicher	
Stellen .....	110	Devisenverkaufe der Nationalbank ..	58
Sparkontenabnahme .....	43		257
Unaufgeklärte Differenz .....	1	Geldvolumenerhohung .....	250
	507		507

In der ersten Augustwoche hat die ECA im Ein-vernehmen mit der Bundesregierung weitere 1,3 Mrd. S aus dem ERP-Counterpartkonto freigegeben, wodurch sich die gesamten Freigaben im Jahre 1951 auf 2 Mrd. S erhohlt haben. Auch die Freigabe im August ist eine Rahmenfreigabe und bedeutet noch

<sup>2)</sup> Der Plafond für die Hereinnahme von Aufbauwechseln wurde um den gleichen Betrag, auf 3.259 Mill. S, erhohlt.

nicht, daß der gesamte Betrag gleichzeitig vom ERP-Counterpartkonto abgebucht wurde. Die Abbuchung vom Konto wird vielmehr nach und nach im Laufe der kommenden Wochen vor sich gehen. Einzelheiten über die Verwendung stehen noch nicht fest; es ist lediglich bekannt, daß für das Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget) 140 Mill. S, für ERP-Sonderwiederaufbauprogramme 266 Mill. S<sup>1)</sup>, und der Rest für Industrieinvestitionen<sup>2)</sup> und verschiedene kleinere Investitionsprojekte vorgesehen sind. Da für 1951 ein Gesamtfreigabebetrag von 2,6 Mrd. S geplant ist, der sich wahrscheinlich durch die zur Finanzierung eines Teiles des ordentlichen Bundesbudgets zusätzlich beantragten 300 Mill. S sowie durch Preisstützungsbeträge (Prämie von 15 g pro kg inländisches abgeliefertes Brotgetreide) auf fast 3 Mrd. S erhöhen wird, ist für 1951 noch mit Freigaben von fast 1 Mrd. S zu rechnen. Allerdings ist ein Teil der Freigaben bereits von den Banken vorfinanziert worden.

Der *Aktienmarkt* belebte sich von Mitte Juli auf Mitte August merklich, wohl teilweise im Zusammenhang mit dem Preisaufrtrieb im Zuge des 5. Preis-Lohn-Abkommens. Der Kursindex von 36 Industrieaktien stieg um 7,9%<sup>1)</sup> (von 277 auf 299; März 1938 = 100) und lag damit auf einem seit eineinhalb Jahren nicht mehr erreichten Stand. Besonders stark stiegen Brauaktien, weniger Elektrizitätsaktien. Die Kurse *festverzinslicher Wertpapiere* waren hingegen leicht rückläufig; ihr Index sank um 0,6% und der Kurs der 2% igen Bundesschuldverschreibungen 1947 um 8%<sup>1)</sup> (von 45,80 S auf 42,05 S per 100 S Nominale). In der ersten Augushälfte sanken sie weiter. Der Kurs der Aufbauanleihe 1949 ist seit Jahresbeginn 1951 unverändert (auf 87 S pro 100 S Nominale) geblieben. Im ersten Halbjahr 1951 konnten nur 14,5 Mill. S Pfandbriefe und Kommunalobligationen untergebracht werden.

## Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 422—424

Der Rückgang der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt in den letzten Monaten hat zusammen mit saisonbedingten Preissenkungen im Inland die Aufwärtsentwicklung des österreichischen Großhandelspreisniveaus etwas verlangsamt. Der vom Statistischen

<sup>1)</sup> Land- und Forstwirtschaft 156 Mill. S, Wohnungsbau 60 Mill. S, Fremdenverkehr 50 Mill. S.

<sup>2)</sup> Elektroenergiewirtschaft 355 Mill. S, Holzverarbeitende, Papier- und Zelluloseindustrie 155 Mill. S, Eisen- und Stahlindustrie, Metallindustrie und entsprechende verarbeitende Industrien 242 Mill. S, Kohlenbergbau, Elektro-, chemische und Textilindustrie 103 Mill. S.

Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* — der allerdings zu stark auf die Preisbewegung importierter Rohstoffe reagiert — ist von Mitte Juli auf Mitte August sogar um 0,6% (von 795 auf 790; März 1938 = 100) gesunken. Rückläufig waren vor allem die Preise von Wolle, Kautschuk, Zinn und (saisonbedingt) von Hafer und Kartoffeln. Fast alle inländischen Großhandelspreise (inländische Rohstoffpreise, Halbwarenpreise, inländische Preisbestandteile importierter Stoffe) hingegen sind auf Grund der größtenteils aus dem fünften Preis-Lohn-Abkommen resultierenden Kosten- und Nachfrageentwicklung weiter gestiegen. So wurden die Preise von Leder, Petroleum und Benzin, Kohle und Koks, Baustoffen (Ziegel und Zement), Aluminium und Zellulose erhöht und zeigen teilweise weiter steigende Tendenz. Obwohl die Preise importierter Rohstoffe stark sanken, stieg der Teilindex für Industrierohstoffe um 1,7% (auf 959; März 1938 = 100). Die Erzeugerpreise von Weizen und Roggen wurden zusätzlich zu den Erhöhungen des fünften Preis-Lohn-Abkommens um 7,7% und 8,6% hinaufgesetzt (neue Subvention von 15 g per kg). Insgesamt dürfte in der Berichtsperiode das Großhandelspreisniveau weiter — wenn auch langsamer — gestiegen sein.

Viel stärker war die Verteuerung der Fertigwaren, der Kleinhandels Güter und der Lebenshaltungskosten. Selbst bei sinkenden Rohstoffpreisen stiegen die Fertigwarenpreise vielfach weiter; neben den Auswirkungen des fünften Preis-Lohn-Abkommens ist teilweise gewiß auch die Kalkulation nach Anschaffungs- anstatt nach Wiederbeschaffungspreisen hierfür maßgeblich<sup>3)</sup>. Einige der Preiserhöhungen im Kleinhandel gehen aber auch noch direkt auf das Preis-Lohn-Abkommen zurück, dessen Preis- und Tarifierhöhungen zu relativ weit auseinanderliegenden Zeitpunkten (16. Juli, 1. August und 1. September) in Kraft traten.

Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte Juli bis Mitte August um 4,7% (von 608,5 auf 637,4; März 1938 = 100) gestiegen. Von dieser Erhöhung entfallen 1,4% direkt auf das Preis-Lohn-Abkommen (Gas um 69%, Strom um 32% und Straßenbahn um 30%), die restlichen 3,3% hauptsächlich auf sekundäre Preiserhöhungen, deren Auswirkung auf den Index durch einzelne saisonbedingte Preisrückgänge vorläufig noch abgeschwächt wurde. Im einzelnen

<sup>3)</sup> So sind z. B. die Textilfertigwarenpreise teilweise weiter gestiegen, obwohl die Großhandelspreise für Wolle und Baumwolle gegenüber April 1951 bereits um 48% bzw. 18% gesunken sind.

stiegen die Preise von Reis (um 4%), Eiern (teilweise saisonbedingt, teilweise infolge durch die Fleischkrise hervorgerufener Nachfrageverstärkung) um 33%, Kaffeemitteln (um durchschnittlich 18%), Oberbekleidung (um 11%), Unterbekleidung (um 8%), Schuhen (um 19%), Möbeln (bis zu 4%), Papierwaren (Hefte, Schulmappen, Zeichenblätter um durchschnittlich 9%), Kinokarten (um 29%), Brausebädern (um 47%) und Friseurleistungen (Herrenhaarschnitt um 18%). Die legalen Fleischpreise stiegen nur geringfügig — allerdings ist wieder ein Schwarzer Markt entstanden —, und die Kohlen- und Kokspreise zogen infolge Erhöhungen inländischer Preisbestandteile (Transport, Sackgebühr, WUST usw.) etwas an. Die Preise von Obst und Gemüse waren infolge von Saisoneinflüssen leicht rückläufig. Die Steigerung des Lebenshaltungskostenindex gegenüber Juni (letzte Erhebung vor dem fünften Preis-Lohn-Abkommen) beträgt 14,8%.

Von den sekundären Preissteigerungen wäre noch die 10 bis 12% ige Verteuerung von Fahrrädern, Motorrädern, Lastwagen, Traktoren (Steyr-Daimler-Puch) zu erwähnen, ferner die von verschiedenen Medikamenten, Süßwaren und die Erhöhung der Speditionstarife (um durchschnittlich 15%). Infolge der schlechten Ernteaussichten zeigen die Weinpreise steigende Tendenz. Die freien *Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* sind von Mitte Juli bis Mitte August mit Ausnahme des *Goldpreises*, der wieder etwas anzog, unverändert geblieben. Die „schwarzen“ *Devisenkurse* haben sich ebenfalls nicht verändert, der freie Kurs des Schillings in Zürich fiel um 3%.

Auf die *Löhne und Gehälter* hat das fünfte Preis-Lohn-Abkommen zwar zunächst beruhigend gewirkt; es hat aber entgegen manchen Erwartungen keine Stabilisierung herbeigeführt. So haben knapp nach dem Abkommen die Handelsangestellten in Salzburg eine Gehaltserhöhung um 13%, die Molkereiarbeiter in allen Bundesländern (ohne Wien, dessen Molkereiarbeiter vorher bereits Lohnerhöhung bekommen hatten) eine 12% ige Lohnerhöhung, die Friseure in allen Bundesländern eine 18% ige, die Angestellten im Apothekergewerbe eine 15% ige, die Theaterarbeiter eine 10% ige (mindestens 100 S, höchstens 150 S) Lohnerhöhung durchgesetzt. In Oberösterreich erzielten die Gutsarbeiter und die Forstarbeiter eine 16- bzw. 10% ige Lohnzulage. Alle diese Lohn- und Gehaltserhöhungen sind „Nachziehungen“ und beziehen sich auf die Lohn- und Gehaltssätze vor dem fünften Preis-Lohn-Abkommen (sie treten also rückwirkend, meist mit 1. Juli 1951, in Kraft). Auf die so erhöhten Löhne werden dann die generellen Sätze des fünften Abkommens aufgeschlagen. Die

Lohnerhöhungen wurden teilweise im Streikwege durchgesetzt; weitere Lohnstreiks finden zur Zeit in einigen Zweigen der Bauwirtschaft (Fassader, Gipser, Fußbodenleger) statt. Die Angestellten im Speditionsgewerbe (außer in Salzburg) erhielten mit Wirkung vom 1. September eine Gehaltserhöhung um 8%. Die Handelsangestellten in Wien stellten zu Septemberbeginn neue Lohnforderungen im Ausmaß von 15%, dann 13%. Auch hier werden die geforderten Erhöhungen als „Nachziehungen“ bezeichnet. Der *Index der Arbeiternettotariflöhne* (für Industrie und Gewerbe in Wien) ist von Mitte Juli auf Mitte August bis auf einige, durch die neuen Sozialversicherungssätze bedingte, kleinere Änderungen praktisch gleich geblieben (Auguststand ohne Kinderbeihilfen 579,8, mit Kinderbeihilfen 705,6; April 1945 = 100).

### Ernährung

*Dazu statistische Übersichten S. 425*

Die *Fleischversorgung* der Bevölkerung wurde im Juli und August immer schwieriger. Trotz Preisstopp wurden auch weiter Überpreise für Schweine und Kälber gefordert (durchschnittlich 3 bis 4 S je kg oder 30% der amtlichen Höchstpreise) und die für Rinder genehmigten Saisonzuschläge erhöht (bis 6 S je kg oder 75% der amtlichen Höchstpreise). Andererseits mußte an den im 5. Preis-Lohn-Abkommen fixierten Verbraucherpreisen grundsätzlich festgehalten werden, wollte man nicht das neue Gleichgewicht zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen wieder gefährden. Die Märkte, auf denen man zumindest offiziell die Höchstpreise hätte einhalten müssen, wurden immer schlechter beliefert<sup>1)</sup>, so daß insbesondere Schweine und Kälber praktisch nur außerhalb des Marktes zu überhöhten Preisen eingekauft werden konnten. Die Marktlage wurde noch durch den Fremdenverkehr und die hohen Pensions- und Gaststättenpreise verschärft. Da auch die Kosten im Fleischhauergewerbe seit der Verfügung von Stopp-Preisen im Herbst vorigen Jahres beträchtlich gestiegen waren<sup>2)</sup>, beschlossen die Fleischhauerinnungen in vielen Bundesländern kein Vieh mehr

<sup>1)</sup> Während auf dem Wiener Zentralviehmarkt im Juni noch durchschnittlich 4.200 inländische Schweine wöchentlich aufgetrieben wurden, waren es im Juli 1.835, im August nur noch 64 (einschließlich der Einfuhren 210). An Kälbern wurden im Juli 22 Stück in der Woche, im August nur 5 aufgetrieben.

<sup>2)</sup> Nach Angaben der Fleischhauerinnung sind die Löhne und Sozialabgaben um mehr als 50%, die Sachregien um etwa 50%, die Hilfsstoffe um 40%, die öffentlichen Gebühren um 100% gestiegen.

zu Überpreisen einzukaufen, bis die Relationen zwischen Ein- und Verkaufspreisen neu geregelt werden.

Der Kaufstreik wurde ziemlich lückenlos durchgeführt und die Regierung mußte versuchen, die Versorgungsschwierigkeiten zu mildern: es wurden Fleischkonserven aus Lagerbeständen auf den Markt gebracht, zwei fleischlose Tage in der Woche eingeführt und erhöhte Importe von Vieh und Fleisch bewilligt. Außerdem sollen die Exporte von Zucht- und Nutztvieh eingeschränkt und streng überprüft werden. Die oberösterreichische Landesregierung beschloß überdies, da die Stopp-Preise in Oberösterreich niedriger als in anderen Bundesländern waren, die Viehlieferanten mit S 1<sup>—</sup> bis S 1<sup>50</sup> je kg zu subventionieren.

Die Wirkung dieser Maßnahmen läßt sich noch nicht genau übersehen, darf jedoch nicht überschätzt werden. Die Rind- und Pferdefleischkonserven, die zunächst frei und nachher, zwecks gleichmäßiger Verteilung, auf Marken verkauft wurden<sup>1)</sup>, waren zwar billig<sup>2)</sup> und qualitativ gut, die ausgegebene Menge aber zu gering, als daß die Marktlage entspannt werden konnte. So wurden im Juli und August insgesamt 1.000 t Fleischkonserven ausgegeben, und zwar vorwiegend in Wien und in geringen Mengen auch in Nieder- und Oberösterreich, während der wöchentliche Fleischverbrauch Wiens allein im Jahre 1950 1.200 t betrug. Die zwei fleischlosen Tage in der Woche (ab 24. August) werden die Gesamtnachfrage nach Fleisch, außer in den Gaststätten<sup>3)</sup>, kaum entscheidend vermindern, da der Bedarf im voraus gedeckt werden kann.

Seit Juni, insbesondere aber im August, wurden die Fleischimporte erhöht. Während im ersten Halbjahr 1951 insgesamt etwa 2.500 t Schlachtvieh und Fleisch (alles umgerechnet auf Fleisch) im Werte von 38 Mill. S eingeführt wurden, genehmigte die Zentralstelle für Ein- und Ausfuhr von Juni bis August die Einfuhr von annähernd 4.000 t Schlachtvieh und Fleisch (umgerechnet auf Fleisch) im Werte von 54 Mill. S (davon allein im August etwa 2.600 t um 35 Mill. S)<sup>4)</sup>. Weitere Importe sind noch in Aussicht genommen.

<sup>1)</sup> Da Fleischkonserven ebenso wie Fleisch nicht bewirtschaftet sind, werden jedoch die Marken durch den Handel nicht rückverrechnet.

<sup>2)</sup> Rindfleischkonserven kosten derzeit 8 S, Pferdefleischkonserven 5<sup>60</sup> S je kg. Demgegenüber war der Preis für Pferde- und Rindfleischkonserven bereits bei der letzten Notierung im Mai 1949 schon 6 S je kg.

<sup>3)</sup> Unter Berufung auf den Fremdenverkehr hatten sich einzelne Bundesländer zunächst geweigert, die Anordnung zu befolgen.

<sup>4)</sup> Im einzelnen wurden in diesen 3 Monaten folgende Einfuhren von Schlachtvieh und Fleisch bewilligt: 5.500 Rinder (aus Dänemark, Irland und Jugoslawien), 2.100 Schweine (aus Jugoslawien), 900 Pferde (aus Ungarn, Jugoslawien, Dänemark),

Aber auch diese erhöhten Einfuhren können die Angebots- und Preislage auf den Märkten nicht entscheidend beeinflussen, weil sie noch immer zu gering sind<sup>5)</sup>, nur sehr schleppend und in kleinen Partien eintreffen und ihre Preise meist über den Stopp-Preisen liegen<sup>6)</sup>. Eine vorübergehende Subventionierung der Importe wurde jedoch trotz wiederholten Anträgen bisher aus finanzpolitischen Gründen abgelehnt.

Die Subventionierung der Viehpreise in Oberösterreich<sup>7)</sup> blieb deshalb wirkungslos, weil die geforderten Zuschläge zu den Stopp-Preisen bereits höher waren als die Stützungsbeträge. Anfangs September wurde die Stützung daher wieder eingestellt.

Wenn auch die verschiedenen Maßnahmen im einzelnen die Fleischkrise nicht entscheidend mildern konnten, so scheinen sie doch in ihrer Gesamtheit die Lage etwas erleichtert zu haben. Ende August wurden die Märkte wieder besser mit Rindern beliefert und die Preise spielten sich auf dem Niveau der Importware ein. Obwohl die zulässigen Saisonzuschläge damit noch immer stark überschritten wurden, entschlossen sich die Fleischhauer wieder einzukaufen, zumal da durch die Lockerung der Stopp-Preisverordnung für Rindfleisch die höheren Einkaufspreise bis zu einem gewissen Grade auch offiziell in den Verkaufspreisen abgegolten werden konnten. Im Herbst ist auch eine Entspannung der Lage auf dem Schweinemarkt zu erwarten, da das Angebot saisonmäßig zunehmen wird.

Zu der im Monatsbericht Nr. 7, S. 348, erwähnten *Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren* ist nach den nunmehr vorliegenden detaillierten Angaben ergänzend folgendes festzustellen: Im 1. Halbjahr 1951 wurden insgesamt 23.208 q Fleisch und Fleischwaren exportiert. Davon waren 21.298 q Gefrierfleisch, 623 q frisches Rindfleisch, 218 q verschiedene Fleischwaren, der Rest Geflügel und Wild. Bei dem Gefrierfleischexport handelt es sich um Ware, die im Jahre 1950 aus Argentinien eingeführt wurde, in der Folge aber wegen der damals relativ guten Versorgung mit Frisch-

1.860 t Schweinefleisch und Speck (aus Dänemark, Belgien, Holland und Jugoslawien) und 400 t Rindfleisch (aus Schweden und Frankreich).

<sup>5)</sup> Für das Wirtschaftsjahr 1950/51 wurde bei einer normalen Inlandsaufbringung eine Einfuhr von 22.000 t Fleisch (durchschnittlich 1.800 t im Monat) als notwendig erachtet. Demgegenüber wurde von Juni bis August im Monatsdurchschnitt eine Einfuhr von 1.350 t bewilligt. (Im August waren es allerdings fast 2.600 t.)

<sup>6)</sup> Ende August notierten auf dem Wiener Zentralviehmarkt jugoslawische Schlachtochsen je nach Qualität mit 9<sup>70</sup> S bis 11<sup>85</sup> S je kg gegenüber Stopp-Preisen von 6<sup>45</sup> S bis 7<sup>80</sup> S. Der Preisunterschied von durchschnittlich 3<sup>65</sup> S je kg ist fast viermal so hoch wie der ursprünglich vorgesehene Saisonzuschlag zu den Stopp-Preisen (1 S je kg); jugoslawische Schweine wurden zu einem Preis von 12<sup>95</sup> S verkauft gegenüber Stopp-Preisen von 12<sup>50</sup> S für Fleischschweine und 11<sup>40</sup> S für Fettschweine.

<sup>7)</sup> Die Subventionsbeträge müssen voraussichtlich aus Landesmitteln gedeckt werden, da eine Refundierung durch das Finanzministerium abgelehnt wurde.

fleisch und der Abneigung der Bevölkerung gegen Gefrierfleisch nicht absetzbar war. Die ständig wachsenden Lagerkosten und die — nach amtlicher Erklärung — Gefahr des Verderbens bewogen die zuständigen Stellen, das eingelagerte Gefrierfleisch wieder auszuführen. Als dieser Entschluß gefaßt wurde, wurde nicht vorausgesehen, daß einige Monate später eine ernste Störung in der Versorgung mit Fleisch eintreten und vermutlich auch das bisher wenig begehrte Gefrierfleisch im Inland verkäuflich sein werde. Diese Voraussicht hätte die gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten aber auch nur geringfügig gemildert, da die in Frage stehende Fleischmenge kaum ausreicht, den Bedarf Wiens für zwei Wochen zu decken.

Obwohl die Versorgung mit *Schmalz* auf Grund der genehmigten Importe bis Ende der 82. Zuteilungsperiode (12. August 1951) gesichert schien<sup>1)</sup>, ergab sich teils infolge schlechter Qualität, teils weil sich Lieferungen verzögerten, eine Fehlmenge von 732 t. Sie konnte erst später aus den für die nächsten Perioden bestimmten Importen gedeckt werden. Bis Ende August wurden für die Zeit nach der 82. Zuteilungsperiode Importe von insgesamt 7.784 t *Schmalz* im Werte von 3,5 Mill. \$ (davon 4.066 t im Werte von 2 Mill. \$ aus Teilnehmerländern, der Rest ERP-Direkteinkäufe) abgeschlossen. Anfang September war bereits die Hälfte geliefert, der Rest dürfte bis Ende Oktober eintreffen. Mit dieser Menge können nach Abzug des Defzites aus der 82. Zuteilungsperiode die derzeitigen Zuteilungen von rund 1.750 t je Periode bis Ende November (Ende der 86. Zuteilungsperiode) gedeckt werden.

Obwohl sich die Importe in letzter Zeit infolge der sinkenden Weltmarktpreise etwas verbilligt haben, wird das *Schmalz* weiterhin zum Mischpreis von 16 S je kg an die Verbraucher abgegeben. Der Überschuß, der sich nunmehr zwischen dem tatsächlich kalkulierten und dem festgesetzten Importabgabepreis<sup>2)</sup> vielfach ergibt, muß nämlich zum Ausgleich der in den Vorperioden gewährten Zuschüsse verwendet werden<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Siehe auch Nr. 5 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 239.

<sup>2)</sup> Der Importabgabepreis für *Schmalz* wurde ab 1. August 1951 von 13,23 S auf 12,86 S je kg herabgesetzt. Dadurch wurde jedoch nur die Handelsspanne erhöht. Der Verbraucherpreis blieb unverändert.

<sup>3)</sup> So betrug bei einem mit 13,23 S je kg festgesetzten Importabgabepreis der kalkulierte Preis der ausgegebenen kommerziellen Importe im gewogenen Durchschnitt (gewogen mit dem entsprechenden Mengen) in der 79. Zuteilungsperiode 14,04 S je kg, in der 80. Zuteilungsperiode 14,— S je kg. Der Zuschußbetrag belief sich allein in diesen Perioden auf über 2 Mill. S. Dagegen wurde bei den Importen, die man in der 81. Zuteilungsperiode verteilte, ein Mehrerlös von durchschnittlich 42 g je kg festgestellt und in der 83. Zuteilungsperiode, obwohl der amtliche Importabgabepreis herabgesetzt wurde, von 45 g. Der ausgelegte Zuschußbetrag konnte allerdings noch

Günstige Futterverhältnisse und die Erhöhung der Preise haben die Versorgung mit *Milch* und *Milchprodukten* in letzter Zeit etwas gebessert. Schon im Juni stieg die tägliche Marktleistung um 2% und auch der Rückstand gegenüber dem Vorjahr, der im Mai bereits 12% betrug, verminderte sich wieder auf 7%. Die Anlieferungen von Vollmilch nach Wien blieben allerdings ebenso wie im Mai um 13% hinter denen der gleichen Zeit des Vorjahres zurück. Erst im Juli und August wurde, obwohl die Anlieferungen saisonbedingt abermals leicht sanken, mit durchschnittlich 560.000 l täglich der Stand des Vorjahres nahezu wieder erreicht. Die infolge der Urlaube verminderte Nachfrage nach Trinkmilch in Wien, konnte daher ausreichend gedeckt werden. Auch die Butterversorgung hat sich etwas gebessert. Zwar ist das Angebot noch immer nicht ausreichend, die geforderten Überpreise gingen jedoch zurück und auch zu legalen Preisen ist mehr Butter als bisher erhältlich.

#### Anlieferung von Vollmilch nach Wien<sup>1)</sup>

Monat	1950 Wochendurchschnitt in 1.000 hl	1951	1951 in % von 1950
V. ....	42,1	36,7	87,3
VI. ....	46,2	40,0	86,6
VII. ....	38,9	39,0	100,3
VIII. ....	41,3	38,6	93,5

<sup>1)</sup> Nach den Marktamisberichten der Stadt Wien.

Im ersten Halbjahr 1951 betrug die erfaßte Marktproduktion von *Milch* 413.000 t, um 7%<sup>1)</sup> weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die gesamte Marktleistung dürfte jedoch weniger zurückgeblieben sein, da man annehmen muß, daß die nicht erfaßbaren Direktverkäufe ab Hof größer waren als im Vorjahr. Der Rückgang der Milchanlieferungen wirkte sich auf die Versorgung mit den einzelnen Produkten sehr ungleich aus. Während der Absatz von Trinkmilch mit 231.000 t sogar um 2%<sup>1)</sup> höher war als im Vorjahr, blieb die Marktproduktion von Käse um 8%, die von Butter um 23% zurück. Diese Entwicklung hängt vor allem mit den bei den damaligen Preisen besonders großen Unterschieden in der Rentabilität der Erzeugung der einzelnen Produkte zusammen. Obwohl 600 t Butter eingeführt wurden (gegen nur 2 t im 1. Halbjahr 1950), war der gesamte Butterkonsum um 16% geringer als im Vorjahr. Da der Einfuhrüberschuß von Käse bedeutend geringer war als im Vorjahr (135 t gegen 470 t), verminderte sich auch der gesamte Käsekonsum um 13%.

nicht gedeckt werden. Auf Grund der Kalkulationen, die bisher für andere *Schmalz*importe vorliegen, ist anzunehmen, daß sich auch in den nächsten Zuteilungsperioden gewisse Überschüsse ergeben werden.

*Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Milchprodukten<sup>1)</sup>*

	1. Halbjahr		Veränderung in %
	1950	1951	
	in t		
<b>Marktleistung</b>			
Milch insges. ....	445.258	413.130	- 7'2
Butter .....	8.314	6.365	-23'4
Käse .....	5.587	5.127	- 8'2
Topfen .....	2.699	2.281	-15'5
<b>Verbrauch</b>			
Trinkmilch <sup>2)</sup> .....	225.245	230.671	+ 2'4
Butter <sup>2)</sup> .....	8.316	6.962	-16'3
Käse <sup>2)</sup> .....	6.057	5.262	-13'1

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds und der Statistik des Außenhandels; vorläufige Zahlen. — <sup>2)</sup> Absatz von Konsummilch. — <sup>3)</sup> Marktleistung plus Einfuhrüberschuß.

Es ist anzunehmen, daß die erfaßte Marktproduktion im zweiten Halbjahr zumindest so hoch sein wird wie im Vorjahr, einmal, weil die Milchablieferung in der zweiten Hälfte 1950 übersaisonmäßig niedrig war, zum anderen, weil mit der Preiserhöhung auch der Direktabsatz und die Verfütterung von Milch etwas abnehmen dürften.

**Land- und Forstwirtschaft**

*Dazu statistische Übersichten S. 425*

Nicht nur in Gebieten mit größeren und arrondierten Ackerflächen, wo der Felddrusch schon bisher üblich war, sondern auch in mittleren und kleineren Betrieben wurde heuer ein erheblicher Teil des Getreides unmittelbar nach der Ernte gedroschen. Der rasche Drusch war vor allem einer ausreichenden Treibstoff- und Energieversorgung sowie dem verstärkten Einsatz von Mähdreschern zu danken. Außerdem zwang der hohe Strohertrag auch viele kleinere landwirtschaftliche Betriebe, einen Teil des Getreides sofort zu dreschen, um das übrige im zumeist knappen Scheunenraum bergen zu können.

Man glaubte daher, daß heuer ein größerer Teil der Körnerernte frühzeitig auf den Markt gebracht werde. Nach Mitteilungen des Getreidehandels war indessen bisher trotz höheren Erzeugerpreisen sowie Ablieferungsprämien für Brotgetreide nur das Angebot von Weizen etwas größer als im Vorjahr, während die Umsätze bei Roggen und Gerste zurückgeblieben. Das Zögern mit der Ablieferung hat verschiedene Gründe.

So reifte das Getreide in höheren Lagen infolge kühlen Wetters erst verhältnismäßig spät. Weiters wurden im Sommer 1951 schätzungsweise um 10% mehr Schweine gehalten als im Sommer 1950, so daß auch die verfütterten Getreidemengen entsprechend höher waren. Die Importe von Mais sind, in erster Linie aus Mangel an Schiffsraum, in den letzten Monaten stark hinter den Erwartungen zurück-

geblieben<sup>1)</sup> und Futtererdäpfel fallen in größeren Mengen erst im Herbst an.

Im übrigen — hier dürfte wohl ein Hauptgrund zu suchen sein — haben die jüngsten Preissteigerungen für Schlacht- und Stechvieh das im fünften Preis-Lohn-Abkommen mühsam geschaffene Gleichgewicht zwischen Brotgetreide- und Viehpreisen neuerdings empfindlich gestört. Da, ungeachtet des Preisstopps, der effektiv bezahlte Preis für Schlachtschweine von durchschnittlich S 11,— je kg Lebendgewicht ab Hof des Produzenten auf S 13'50 stieg, konnte man 1 kg Getreide über das Schwein mit S 2'20 verwerten gegenüber S 1'83 früher<sup>2)</sup>. Dadurch ging der Anreiz zur Marktbelieferung, der bei den neu festgesetzten Weizen- und Roggenpreisen (einschließlich der Ablieferungsprämie) von S 2'10 und 1'90 vorerst gegeben war, teilweise wieder verloren. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß selbst Preise, die einen direkten Verkauf des Brotgetreides nahelegen, dann nicht unmittelbar eine hohe Marktleistung sichern, wenn — wie das gegenwärtig der Fall ist — eine erhöhte Schweineproduktion bereits angelaufen ist und ein gegen früher bedeutend größerer Stock von Jungschweinen in den nächsten Monaten noch bis zur Schlachtreife ausgemästet werden muß.

Diese ablieferungshemmenden Faktoren dürften jedoch bis zum Spätherbst an Bedeutung verlieren. Einmal wird das Angebot von Vieh saisonbedingt stark zunehmen. Es darf daher mit rückläufigen Viehpreisen und einer Normalisierung des Agrarpreisgefüges gerechnet werden, sofern nicht im Wege einer neuerlichen Erhöhung der Geldeinkommen zusätzliche Konsumentenkaufkraft geschaffen wird. Zum anderen erwartet man eine gute Kartoffel- und Rübenernte, die die angespannte Lage auf den Futtermittelmärkten bereits ab September fühlbar entlasten wird. Freilich müßten alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, die im zweiten Halbjahr 1951 vorgesehenen ERP- (105.000 t Mais und 30.000 t Milocorn) und Handelsimporte (50.000 t Mais) an Futtergetreide möglichst noch vor Winterbeginn hereinzubringen und — zumindest teilweise — an jene Landwirte zu verteilen, die gleichzeitig größere Mengen Weizen, Roggen und Gerste auf den Markt bringen. Allerdings wird es schwierig sein, Importmais auch heuer in dieser Form auszugeben, da laut

<sup>1)</sup> Während im Jahre 1950 im Monatsdurchschnitt 18.662 t und von Jänner bis Mai 1951 pro Monat 33.623 t Mais importiert wurden, sanken die Einfuhren im Juni und Juli 1951 auf 6.395 und 9.358 t. Im August dürften annähernd 2.080 t importiert worden sein.

<sup>2)</sup> Siehe „Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen“, Beilage Nr. 15 zu den Monatsberichten, August 1951, S. 3 f, Fußnote 1.

Bundesgesetz vom 4. April 1951<sup>1)</sup> verbilligte Futtermittel möglichst gleichmäßig an alle landwirtschaftlichen Betriebe, auch an die Klein- und Kleinstbetriebe sowie an Betriebe im Gebirge, die kein Getreide liefern können, abzugeben sind. Diese zahlreichen und vielfach unsicheren, den künftigen Getreidemarkt in Österreich jedoch entscheidend beeinflussenden Faktoren machen es unmöglich, die heuer zu erwartende Marktbelieferung mit Brotgetreide schon jetzt einigermaßen zuverlässig abzuschätzen, um so mehr, als amtliche Angaben über die Höhe der Hektar- und Gesamterträge bei den verschiedenen Getreidearten noch nicht vorliegen.

Allerdings waren nach letzten aus allen Produktionsgebieten Österreichs stammenden nichtamtlichen Berichten die *Ernteerträge* bei den Körnerfrüchten erheblich günstiger als ursprünglich auf Grund erster Druschergebnisse angenommen wurde. So dürften die Hektarerträge bei Hafer um etwa 50%, bei Weizen und Roggen um 10 bis 20% und bei Gerste um 5% über den Erträgen des Vorjahres liegen und die langjährigen Vorkriegswerte um 10 bis 20% übertreffen. Dennoch scheint die Brotgetreideernte im ganzen etwas niedriger als im Jahre 1950 gewesen zu sein, da heuer ausgedehnte Weizen- und Roggenflächen überflutet oder durch Hagelschläge vernichtet wurden. Der Gesamtertrag an Gerste und Hafer dagegen wird fast allgemein um nahezu 30% höher geschätzt als im Jahre 1950. Selbst wenn das Erntergebnis bei Körnermais etwas niedriger sein sollte, kann man annehmen, daß im Jahre 1951 insgesamt um etwa 5% mehr Getreide geerntet wurde als im Jahre 1950.

Die früher allgemein üblichen Monatsaufschläge auf die Getreidepreise sowie die Preiszuschläge für besondere Qualitäten (z. B. Kleberweizen) wurden wieder eingeführt<sup>2)</sup>. Dabei gilt für die Monate Oktober bis Dezember der im Abkommen festgesetzte durchschnittliche Erzeugerpreis (Weizen S 195'— je 100 kg, Roggen S 175'—); für die Monate vorher werden bis S 2'50 weniger, für die Monate nachher bis S 2'— mehr bezahlt. Außerdem wird für das bis Ende Jänner 1952 auf den Markt gebrachte Brotgetreide eine Prämie von S 15'— je q aus Counterpartmitteln ausgeschüttet. Diese Preisbestimmungen sind jedoch, zumindest so lange als Futtermittel knapp ist und daher die Tendenz zur Fütterung von

Brotgetreide anhält, nicht unproblematisch. Obwohl die Monatsaufschläge nur die Lagerverluste ausgleichen sollen, der spätere Verkauf also keinen Gewinn bringt, dürften die Landwirte dennoch mit dem Verkauf von Weizen und Roggen zuwarten, um so mehr, als die Prämie in gleicher Höhe auch noch im Winter gegeben wird. Demgegenüber bezahlt man heuer in Westdeutschland gestaffelte Frühdruschprämien, um möglichst große Mengen von Weizen und Roggen schon unmittelbar nach der Ernte aufzukaufen und für die Ernährung sicherzustellen.

Umstritten ist auch die Frage, ob man bei Weizen 13% oder 20% *Brotmehl* ausmahlen soll. Sollte das Angebot von Roggen weiterhin knapp bleiben, wird man generell 20% Weizenbrotmehl ziehen müssen, um den Bedarf an Brotmehl zu decken. Diese Maßnahme ließe sich um so leichter durchführen, als Weizenkochmehl und Weißgebäck derzeit verhältnismäßig wenig gefragt sind.

Bis jetzt konnte man sich über einen höheren Preis für *Zuckerrüben* noch nicht einigen (im Vorjahr erhielt die Landwirtschaft S 29'— je q, heuer fordert sie S 35'—). Dagegen dürfte — entgegen der ursprünglichen Absicht — eine geringfügige Erhöhung der Abgabepreise für ausländische *Handelsdünger* kaum zu vermeiden sein, da im Nachtragsbudget nur eine Stützung von durchschnittlich S 50'— je 100 kg veranschlagt wurde gegenüber einer Importsubvention von durchschnittlich S 60'— im Wirtschaftsjahr 1950/51 — es sei denn, die vorgesehenen Importe werden nicht voll realisiert oder die Weltmarktpreise gehen zurück. (Der Großhandelspreis für inländischen Kalkammonsalpeter [einschließlich bitumiertem Sack] stieg bereits von S 99'40 je 100 kg im Juni auf S 114'90 im August oder von 352'6% auf 397'6% von 1937.) Mangels entsprechender Zahlungs- und Subventionsmittel sollen im Wirtschaftsjahr 1951/52 nur 285.000 t anstatt mehr als 370.000 t (laut Long-Term-Programm) Stickstoff-, Phosphat- und Kalidünger eingeführt werden. Da i. J. 1950/51 288.720 t<sup>3)</sup> Düngemittel importiert wurden, wird die Kunstdüngerverwendung im laufenden Wirtschaftsjahr kaum nennenswert verstärkt werden können. Es ist jedoch zweifelhaft, ob diese Politik gesamtwirtschaftlich zweckmäßig ist. Viele Fachleute sind der Ansicht, daß der Düngemiteleinsatz in Österreich trotz den unleugbaren Fortschritten seit der Vorkriegszeit noch stark intensiviert werden

<sup>1)</sup> Bundesgesetz betreffend die Abgabe ausländischer Futtermittel und die Überwachung der Schweinehaltung.

<sup>2)</sup> Seit Dezember 1949 wurden keine Monatsreports bezahlt, weil man diese Mehrkosten bei den letzten Preis-Lohn-Abkommen in den Kalkulationen von Handels- und Verarbeitungsbetrieben nicht berücksichtigt.

<sup>3)</sup> Im Wirtschaftsjahr 1950/51 wurden 5.003 t Kalkstickstoff (20'5% Stickstoff), 3.000 t Kalksalpeter (15'5% Stickstoff), 80.338 t Superphosphat, 137.642 t Thomasphosphat (je 18% Phosphorsäure), 62.236 t Kalisalz (40% Kali) und 501 t Patentkali (27% Kali) eingeführt.

müßte. Wahrscheinlich wäre — abgesehen von der Senkung der Produktionskosten — die Ersparnis beim Import von Lebensmitteln durch eine erhöhte landwirtschaftliche Eigenproduktion bedeutend größer, als das Plus an Devisen und Budgetmitteln durch Drosselung der Einfuhr wichtiger Produktionsmittel<sup>1)</sup>.

Da viele ausländische Düngemittel im Frühjahr 1951 spät einlangten und eingelagert wurden, stehen für den *Herbstanbau* genügend mineralische Dünger zur Verfügung. Überhaupt sind heuer die Anbaubedingungen ungleich günstiger als in den letzten Jahren. Dank relativ hohen Produktpreisen wird man voraussichtlich mehr Raps, Weizen und Roggen säen (der bisher von der Statistik ausgewiesene geringfügige Zuwachs an Getreideflächen seit 1946 geht hauptsächlich auf eine zunehmend bessere statistische Erfassung zurück, weniger auf reale Veränderungen im Anbau).

Man wird heuer aber auch mehr hochwertiges Saatgut anbauen, da es stark verbilligt wurde<sup>2)</sup>. Gerade dem Saatgut kommt bei der Steigerung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Bisher waren niedrige Preise und mangelnde Rentabilität der Intensivierung des Getreidebaus in Österreich wenig förderlich; meistens beschränkten sich die Maßnahmen zur Ertragssteigerung allein auf eine bessere Düngung. Um hohe Erträge zu erzielen und die Produktionskosten entsprechend stark zu senken, ist es jedoch ebenso wichtig, eine den örtlichen Bedingungen angepaßte Fruchtfolge zu wählen und Qualitätssaatgut zu verwenden. Man schätzt, daß 20 bis 30 % der (rationellen) Ertragssteigerungen allein auf die Verwendung guten Saatgutes zurückzuführen sind.

## Energiewirtschaft

*Dazu statistische Übersichten S. 426—427*

Infolge hoher Wasserführung der Flüsse war die hydraulische Stromerzeugung auch im Juli (539 Mill. kWh) weit höher als im gleichen Vorjahrsmonat (425 Mill. kWh). Die kalorische Erzeugung konnte auf 5 % der Gesamterzeugung, d. s. 28 Mill. kWh, beschränkt werden.

<sup>1)</sup> Im allgemeinen kann man sagen, daß sich der Düngeraufwand zum erzielten Mehrertrag — in Geldwerten auf Grund der gegenwärtig in Österreich geltenden Düngemittel- und Produktpreise gerechnet — im Durchschnitt mindestens wie 1 : 3 verhält.

<sup>2)</sup> Durch ERP-Mittel konnten heuer die Zuschläge für Originalsaatgut von Winterweizen, Winterroggen und Wintergerste um mehr als die Hälfte verringert werden. Während bisher Originalsaat durchschnittlich um mehr als 80 % teurer abgegeben wurde als die Konsumware, beträgt der Mehrpreis heuer nur 20 bis 33 %.

Der Stromverbrauch betrug 410 Mill. kWh und war nur geringfügig größer als im Juni, aber um 59 Mill. kWh (17 %) höher als im Juli 1950. 149 Mill. kWh konnten (fast ausschließlich aus Tirol und Vorarlberg) ausgeführt werden. Die Stromeinfuhr war unbedeutend.

Da im Juli wenig Kohle geliefert wurde, konnten die Dampfkraftwerke die Kohlenvorräte für den Winter bis Ende dieses Monats nur auf 227.838 t (Steinkohlenbasis) erhöhen; die Heizölvorräte verminderten sich sogar geringfügig.

Die inländische Kohlenförderung ist im Juli trotz Urlaube gestiegen, erreichte aber nicht mehr die Fördermenge von Jänner und März. In den Tagbaubetrieben war die Produktion durch Wolkenbrüche beeinträchtigt. Der Neufelder Kohlenbergbau mußte Ende Juni wegen eines Erdbebens stillgelegt werden und konnte erst Mitte August die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Preiserhöhungen für Inlandskohle haben die Bestellungen bei den Gruben bisher nicht verringert. In Steiermark und Oberösterreich kann der Hausbrandbedarf, der sich wegen der Verknappung der Importe wieder mehr auf inländische Kohle verlagert, von den inländischen Gruben bei weitem nicht gedeckt werden, weil ein großer Teil der anfallenden Hausbrandsorten an die Bahnen geliefert werden muß.

Die Kohleneinfuhr blieb auch im Juli mit 368.000 t (Steinkohlenbasis) sehr gering. Mit den zur Verfügung stehenden Kohlenmengen konnte zwar bisher die Produktion ohne größere Störungen aufrecht erhalten werden, doch war die Bildung von Vorräten für den Winter unmöglich.

Im Juli sind die ersten Lieferungen amerikanischer Kohle (29.809 t) in Österreich eingetroffen und von den Gaswerken und den Bundesbahnen bezogen worden. Die Einfuhren aus Westdeutschland, Polen und CSR waren zum Teil viel niedriger als in den Vormonaten.

Zusammen mit den Lieferungen des inländischen Kohlenbergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im Juli 562.374 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, d. s. 36,5 % mehr als im Durchschnitt des Jahres 1937, aber um 5 % weniger als im Durchschnitt des Vorjahres, während gleichzeitig die Industrieproduktion um 10 % zugenommen hat.

## Industrieproduktion

*Dazu statistische Übersichten S. 428—433*

Die Lage der Industrie ist noch immer durch eine starke in- und ausländische Nachfrage gekennzeichnet, die jedoch wegen Rohstoffschwierigkeiten nicht voll

befriedigt werden kann. Während sich die Versorgung mit einigen Importrohstoffen besserte, entstanden bei anderen neue Engpässe, die zum Teil, wie bei Kobalt, das für die Magneterzeugung benötigt wird, ganze Industriezweige beeinträchtigen. Der Mangel an Walzmaterial ist nach wie vor unbehebbar und verhindert die Ausnutzung der Konjunktur in den eisenverarbeitenden Industriezweigen. Besonders ernst bleiben die Nachteile des Kohlenmangels.

Trotz diesen Schwierigkeiten konnten auch im 1. Halbjahr 1951 beachtliche Fortschritte erzielt werden. Der *Gesamtindex der Industrieproduktion* war im Durchschnitt der ersten sechs Monate mit 158'0% von 1937 um 11'2% höher als im Durchschnitt des Jahres 1950 und um 15'6% höher als im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1950. Obwohl sich auch die Zahl der Beschäftigten seit dem Vorjahr erhöht hat, lag die *Produktivität* (Produktion je Beschäftigten) im Durchschnitt des 1. Halbjahres um 8'9% über dem Durchschnitt des Jahres 1950.

Die Produktionsmittelerzeugung hat im zweiten Quartal 1951 wieder stärker zugenommen. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres erreichte der Index der dauerhaften Güter 191% von 1937 und lag damit um 12% über dem Durchschnitt des Jahres 1950, während der Index der nicht dauerhaften Güter mit 129'1% von 1937 nur um 10'7% höher war als 1950, obwohl die Produktionsmittelindustrien viel stärker durch Rohstoffschwierigkeiten behindert waren als die Konsumgüterindustrien.

Im Juni hat der *Gesamtindex* mit 178'2% von 1937 eine neue Rekordhöhe erreicht und den bisherigen Höchststand vom April 1951 um 9'3% überboten. Die Indizes der Produktion dauerhafter und nicht dauerhafter Güter lagen mit 218% und 142'8% um 9'1% und 8'0% über den bisherigen höchsten Werten. Da der Beschäftigungsindex im Juni nur um 1'1% gestiegen ist, erreichte auch der *Produktivitätsindex* mit 108'1% von 1937 den bisher höchsten Stand.

Im Juli dürfte die Produktion etwas zurückgegangen sein, wenn auch weniger, als saisonmäßig (wegen der Urlaube) zu erwarten gewesen wäre.

Die *Bergbauproduktion* ging im Juli trotz Urlaube nur um 3'6% auf 154'8% von 1937 zurück. Die *Magnesitindustrie* produzierte mit voller Kapazität.

Die *eisenschaffende Industrie* hielt im Juli die hohe Produktion vom Juni und konnte sie bei Roh-eisen und Rohstahl sogar noch geringfügig steigern. Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index ging nur um 0'9% zurück.

Am 3. August wurde die neue, durch ERP finanzierte *Brammenstraße* der VÖEST in Betrieb genommen. Die

Teile für die anschließende halbkontinuierliche *Breitbandstraße* sind bereits zu neun Zehntel in Linz eingetroffen.

Die Rohstofflage der eisenschaffenden Industrie ist noch immer gespannt. Die Schrottimporte aus Westdeutschland haben sich wieder verzögert, obwohl sich die österreichischen Gegenlieferungen (Rösterz) planmäßig abwickeln. Auch die Lieferungen von Legierungsmetallen bleiben weit hinter dem Bedarf zurück, so daß Produktionsumstellungen notwendig werden und in verschiedenen Spezialstählen Engpässe entstehen.

Der Index der *Metallhüttenindustrie* hat im Juni mit 501'5% von 1937 einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Aluminiumerzeugung stieg erstmals auf über 4.000 t. Der Hütte Ranshofen wurde eine Stromabnahme von 105.000 kW (rund 76 Mill. kWh im Monat) bewilligt, d. s. um 40% mehr als der Höchstverbrauch im Vorjahr betrug. Die Dauer der neuen Verbrauchsbewilligung hängt allerdings davon ab, wie sich die Erzeugung hydraulischen Stroms entwickeln wird. Sicherlich wird dieser hohe Verbrauch im Herbst wieder eingeschränkt werden müssen. Die Versorgung mit Tonerde stieß bisher trotz der großen Aluminiumerzeugung auf keine Schwierigkeit.

Die *Gießereiindustrie* ist zwar gut beschäftigt, kann aber trotz Materialschwierigkeiten die Nachfrage bei normalen Lieferfristen decken. Gießereikoks ist allerdings so knapp, daß bisher keine Vorräte für den Winter angelegt werden konnten. Gußbruch wird seit Anfang September bewirtschaftet und kann so wie Altmetalle auch weiterhin nur zu Überpreisen beschafft werden. Der Index der Gießereiindustrie stieg im Juni um 3% auf 237'1% von 1937 und lag im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1951 um 16'5% über dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 1950.

In der *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* ist die Produktions- und Absatzlage im großen und ganzen unverändert günstig. Einige der zahlreichen in diesem Verband vereinigten Industrien melden allerdings Produktionseinschränkungen, die zum Teil saisonbedingt, aber auch auf Material- oder Absatzschwierigkeiten zurückzuführen sind. Trotzdem ist die Lage günstiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Index der *Fahrzeugindustrie* ist im Juni um 28% auf den neuen Höchststand von 229% von 1937 gestiegen. An der Produktionssteigerung sind alle Sparten beteiligt. Die Motorrädererzeugung, die zum größten Teil exportiert wird, erreichte mit 2.614 Stück sogar 414'9% der Vorkriegsproduktion.

Die *Steyr-Werke* haben in der letzten Zeit so große Aufträge erhalten, daß sie ihre Erzeugung um 50% erhöhen könnten. Daran ist aber aus Mangel an Vor-

material trotz der vorhandenen Kapazität nicht zu denken. Durch die Verlegung des Motorradbaues von Graz nach Thondorf wird die Produktion gesteigert werden können. Gleichzeitig sollen bis Frühjahr 1952 Motorroller — in zwei Typen — erzeugt werden. Der Export von Freilaufnaben erreichte in der letzten Zeit 10.000 Stück monatlich und entwickelt sich weiter gut.

Auch die *Maschinenproduktion* hat im Juni weiter zugenommen. Der Index stieg um 29% auf 232,1% von 1937. Die Entwicklung ist nicht einheitlich und in erster Linie von der Materialanlieferung abhängig. Walzmaterial wird nur mit immer längeren Fristen geliefert.

Oft liegt in den Maschinenfabriken Material brach, weil eine einzelne Dimension, die für die Erzeugung notwendig ist, nicht zeitgerecht erhältlich ist.

Ein führender Betrieb der *Pumpenerzeugung* hat den Neubau eines Werkes bei Innsbruck begonnen, wodurch die Kapazität im Pumpenbau beträchtlich vergrößert wird. Die Erzeugung des neuen Betriebes, der modernst eingerichtet sein wird, soll zum Großteil exportiert werden. Die im Inland verbleibende Produktion wird die Marktlage entspannen helfen.

Die *Elektroindustrie* erhöhte ihre Produktion im Juni noch um 14% auf 216% von 1937. Besonders stark stieg die Erzeugung von Elektromotoren, elektrischen Meßgeräten, isolierten Leitungen und Radioröhren. Die Elektroindustrie ist jetzt mit Metallen besser versorgt, dafür leidet sie immer fühlbarer unter den abnormal langen Lieferfristen für Walzwaren. In der Radio- und Lautsprechererzeugung droht ein Mangel an Magneten, weil Kobalt fehlt.

Die Produktion der *chemischen Industrie* ist im Juni um 8% auf 229% von 1937, einem neuen Rekordstand, gestiegen. Im Juli hat die Stickstoffproduktion mit 39.200 t ebenfalls einen neuen Höhepunkt erreicht. Damit ist die Erzeugung in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 19% größer als in der gleichen Vorjahreszeit. Vom Gesamtabsatz des abgelaufenen Düngejahres von 380.000 t wurden 73% (277.000 t) exportiert und 27% (103.000 t) im Inland verkauft.

Die erste Etappe der neuen *Teerdestillationsanlage* der VÖEST in Linz soll im November den Betrieb aufnehmen. Diese erste Ausbaustufe wird die Qualität des Straßenteers bedeutend verbessern und die Erzeugung einer neuen Teersorte, die bisher nur in Deutschland hergestellt wurde, ermöglichen. Die Anlage wird in zwei bis drei Abschnitten ausgebaut und das Produktionsprogramm wesentlich erweitert werden.

Die Produktion *Lenzinger Zellwolle*, die im Juli mit 3.707 t einen neuen Höchststand erreichte, ist bis Jahresende verkauft. Die Maschinen für die Erzeugung von Viskosefolien (Zellophan) werden montiert, doch wird die Produktion kaum vor Ende des Jahres anlaufen

können, weil sich die Lieferung verschiedener Apparate verzögert hat.

Die *Baustoffindustrie* arbeitet in allen Sparten auf vollen Touren. Nur die Kalkindustrie ist wegen ihrer Überkapazität unterbeschäftigt. Der Produktionsindex stieg im Juni um 7% auf 202,7% von 1937.

Die Produktion der *Papierindustrie* ist im Juli nur geringfügig zurückgegangen. Die Erzeugung von Holzschliff und Zellulose hat sogar neue Höchstwerte erreicht. Die Auftragslage ist unverändert günstig und der Exportsog hält unvermindert an.

Die Holzvorräte der Papierindustrie, die in den ersten Monaten dieses Jahres weiter abgenommen hatten, sind inzwischen wieder gestiegen und betragen am Ende des 1. Halbjahres schon wieder 982.778 fm. Sie waren damit allerdings um 139.281 fm (12,4%) niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Lager verminderten sich in erster Linie durch den hohen Verbrauch, der im 1. Halbjahr 1951 um 95.681 fm (10,7%) größer war als im 1. Halbjahr 1950, während der Holzzugang in der gleichen Zeit mit insgesamt 1.081.076 fm nur um 3,6% höher war.

#### Zugang, Verbrauch und Lagerbestände an Schleifholz

	Zugang	Verbrauch in fm ohne Rinde	Lager <sup>1)</sup>
1. Halbjahr 1950 .....	1.042.949	895.468	1.122.059
2. Halbjahr 1950 .....	735.473	957.866	920.278
1. Halbjahr 1951 .....	1.081.076	991.149	982.788

<sup>1)</sup> Endstand.

Die *Lederindustrie* hat den Rückschlag vom Mai im Juni wieder aufgeholt. Der Produktionsindex stieg um 12% auf 105% von 1937. Die Schuherzeugung ist nur geringfügig gestiegen. Die Leder- und Schuhindustrie ist noch immer der in der Produktion gegenüber 1937 am weitesten zurückliegende Industriezweig.

Die *Textilindustrie* erzeugte um 14% mehr und glich damit den Rückgang vom Mai wieder aus. Die Baumwollimporte stiegen in letzter Zeit wieder und dürften heuer ungefähr die Vorjahresmenge erreichen, während die Wolleinfuhr zurückgeblieben ist. Dank der starken Steigerung der Produktion von Zellwolle konnte jedoch trotz den notwendigen hohen Exporten auch das Inland besser mit Textilrohstoffen versorgt werden. Gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1950 ist der Zellwollverbrauch der Textilindustrie um fast 50% gestiegen.

#### Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 434

Die lebhaftere Nachfrage, die im Juni nach 4 Monaten beträchtlicher Geschäftsflaute im Einzelhandel einsetzte, hielt entgegen den Saisonserwartungen auch im Juli an. Obwohl der Geschäftsgang in

einzelnen Branchen etwas schwächer war, erreichten die Gesamtumsätze wertmäßig wieder das Niveau vom Juni. Die Umsätze vom Juli 1950, die infolge der Koreapsychose ebenfalls übersaisonmäßig hoch waren, wurden im Durchschnitt um 37% übertroffen, eine Steigerung, die offenbar nicht allein auf Preiserhöhungen zurückzuführen ist.

Die Überbrückungshilfe an öffentliche Bedienstete, die Vorschüsse auf die Lohn- und Gehaltserhöhungen der zweiten Julihälfte und die weiter steigende Beschäftigung haben auch im Juli zusätzliche Einkommen geschaffen. Da nur ein Teil davon die ab 16. Juli gültigen Preiserhöhungen decken mußte, blieb der Rest für andere Anschaffungen (insbesondere von Gütern des periodischen Bedarfs) frei. Andererseits haben aber auch die erwarteten Preissteigerungen die Nachfrage vielfach auf Kosten der Urlaubsausgaben stimuliert. Der lebhaftere Geschäftsgang in den Monaten Juni und Juli hat das Frühjahrsgeschäft, das in diesem Jahr ausgeblieben war, wenigstens zum Teil wieder ersetzen können.

Die weitere Entwicklung der Mengenumsätze hängt davon ab, ob sich das Realeinkommen der Unselbständigen durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen vergrößert oder verringert hat. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen enthielten ursprünglich gewisse Reserven, die Familieneinkommen sind real zweifellos gestiegen, und das Realeinkommen der öffentlichen Bediensteten, Pensionisten und Rentner hat ebenfalls zugenommen. Solange diese Erhöhung durch die sekundären Preissteigerungen nicht überholt wird — dies dürfte derzeit noch nicht der Fall sein —, wird die Nachfrage der Konsumenten zumindest auf dem Niveau der letzten Monate bleiben. Die weitere Verminderung der Sparneigung wird die Kauflust zusätzlich anregen. Andererseits ist es ungewiß, ob angesichts der allgemeinen Preisbewegung und der angestrebten Kreditrestriktionen die Konsumkredite den bisherigen Umfang beibehalten werden.

Der Geschäftsgang war in den einzelnen Betriebsformen und Branchen ziemlich unterschiedlich. Während im Fachhandel und in den Konsumgenossenschaften die Umsätze das Niveau vom Juni allgemein hielten, nahmen die Erlöse der Warenhäuser, die im Vormonat besonders stark gestiegen waren, um 6% ab. Trotzdem waren sie noch immer um 65% höher als im Juli 1950. Nur in der *Textil- und Bekleidungsbranche* gingen im Juli die Umsätze zurück (−19%), obwohl dort die Nachfrage auch im Juni nur mäßig (+9%) zugenommen hatte. Außerdem hätte man von den Saisonräumungsverkäufen im Juli eine Erhöhung der Umsätze erwartet.

Nach den Meldungen einiger Warenhäuser war zwar der Kundenbesuch im Juli höher als im Juni, reichte jedoch bei weitem nicht an den von Juli 1950 oder gar von Jänner 1951 (Inventur- und Saisonschlussverkäufe) heran. Ebenso waren die Umsätze (zum Teil preisbedingt) zwar höher als im Juli 1950, jedoch weitaus geringer als im Jänner und auch schwächer als im Juni 1951. Der relativ schwache Erfolg der Sommerräumungsverkäufe in diesem Jahr ist zum Teil auf die Vorratskäufe von Textilien und Schuhen zu Ende 1950 und Anfang dieses Jahres zurückzuführen, zum Teil aber auch darauf, daß der Handel wegen der allgemeinen Auftriebendenzen in Angebot und Preisnachlässen ziemlich zurückhaltend war.

In den übrigen Branchen haben die Umsätze durchwegs zugenommen. Die Verkäufe von *Lederwaren* waren vor allem wegen der Reisesaison um 24% höher als im Juni, jedoch nur um 13% höher als im Juli 1950, ein Zuwachs, der nicht einmal der Preissteigerung seitdem entsprechen dürfte. Die Umsätze von *Hausrat, Glas, Porzellan* nahmen um 12% zu und waren um 39% höher als im Juli 1950. Die Käufe von *Möbeln, Teppichen, Gardinen*, die schon im Vormonat stark gestiegen waren, nahmen weiter um 4% zu und überschritten das Niveau von Juli 1950 um mehr als das Doppelte. *Parfümerie- und Drogeriewaren*, ebenso *Papierwaren* wurden um 6% mehr gekauft als im Vormonat; die Mengenumsätze von Juli 1950 dürften jedoch in beiden Branchen nicht erreicht worden sein. Die Umsätze von *Lebensmitteln* nahmen infolge von Vorratskäufen in der ersten Julihälfte und wegen der Preiserhöhungen in der zweiten um 7% zu. Sie lagen damit um 27% über den Umsätzen von Juli 1950, die ebenfalls übersaisonmäßig hoch waren (Vorratskäufe infolge der Koreakrise); diese Erhöhung war allerdings vorwiegend preisbedingt. Die Verkäufe von *Tabakwaren*, die schon seit Februar ständig steigen, erhöhten sich abermals um 5% und übertrafen den Stand von Juli 1950 um 12%. Da die Preise seither nicht gestiegen sind, erhöhten sich auch die Mengenumsätze gleich stark.

Entsprechend der Geschäftsbelegung im Juni nahmen die Eingänge an *Umsatzsteuer* im Juli um 23% zu und waren um 53% höher als im Juli 1950. An *Verbrauchssteuern* gingen dagegen vor allem infolge geringerer Erträge der Tabaksteuer (−8%) um 10% weniger ein. Die Einnahmen aus der Biersteuer holten wieder auf (+34%), waren allerdings noch immer um 15% geringer als im Juli 1950. Es scheint, daß der Rückgang des Bierkonsums bei zunehmendem Weinverbrauch anhält. Tatsächlich stieg der Ertrag der Weinsteuer (einschließlich Verbrauchsabgabe) abermals um 7%.

## Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 435—437

Erwartungsgemäß stieg die *Beschäftigung* im Juli weiter und erreichte mit 2,034.500 Personen einen neuen Höhepunkt. Die Zunahme um 15.400 übertraf nicht nur den Julizuwachs des vorigen Jahres (+ 6.000), sondern auch den früherer Jahre; daher erhöhte sich auch der *saisonbereinigte* Index der landwirtschaftlichen und industriell-gewerblichen Beschäftigung geringfügig — nämlich von 102'9 auf 103'2. Die Beschäftigung in diesen Sektoren liegt derzeit, von den saisonmäßigen Einflüssen abgesehen, um ungefähr 3 % höher als in den früheren Jahren.

Je mehr sich die Saison ihrem Höhepunkt nähert, der Ende September oder im Laufe des Monats Oktober zu erwarten ist, verlangsamt sich die Aufwärtsbewegung. Die Beschäftigungszunahme im Juli um 15.400 Personen war naturgemäß geringer als in den Vormonaten (23.500 im Juni, 26.600 im Mai und 51.500 im April), als die Saison in allen Wirtschaftszweigen noch im Anlaufen war und noch die Reste der Winterarbeitslosigkeit aufgesaugt wurden<sup>1)</sup>.

In *Wien* nahm die Beschäftigung im Juli überhaupt nicht mehr zu [Ende Juni 621.100 Beschäftigte, Ende Juli 620.700<sup>2)</sup>]. Neben einer Verminderung der Zahl der beschäftigten Hausgehilfinnen war die Ursache des geringfügigen Rückschlages die Entlassung weiblicher Bauarbeiterinnen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der männlichen Beschäftigten noch um fast 2.000. Die Zahl der zuletzt im Baugewerbe beschäftigten arbeitslosen Frauen stieg in Wien von 670 am 30. Juni auf 997 am 31. Juli. Aber schon am 15. August war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiterinnen in Wien auf 599, also auf einen niedrigeren Stand als am 30. Juni gesunken. Vorerst ist also vom fünften Preis-Lohn-Abkommen kein restriktiver Einfluß auf die Beschäftigung — auch in Wien nicht — zu erwarten. Allerdings wird die Beschäftigungsausweitung im August weiter abklingen, da in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr der Saisonhöhepunkt überschritten ist. Obwohl die Gesamtarbeitslosigkeit zwischen 31. Juli und 15. August noch von 73.100 verfügbaren Arbeitslosen auf 72.800 zurückging<sup>3)</sup>, nahm sie in einigen Bundesländern (Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg) bereits etwas zu<sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Auch die Stellenvermittlungen durch die Arbeitsämter gingen im Juli merklich zurück. Sie betragen 37.200 gegenüber 43.500, 40.600 und 53.200 in den drei Monaten vorher.

<sup>2)</sup> Einschließlich Bundesangestellte und Personal der Bundesbahnen, aber ohne städtische Bedienstete.

<sup>3)</sup> Bei den Frauen stieg sie allerdings bereits um 49.

<sup>4)</sup> Im vorigen Jahre nahm sie in diesem Zeitraum nur in zwei Bundesländern, in der Steiermark und im Burgenland, zu.

## Zahl der zuletzt im Baugewerbe oder in der Baustoffherstellung beschäftigten Arbeitslosen

		30. Juni	15. Juli	31. Juli	15. August
Wien	männlich .....	2.618	2.569	2.468	2.039
	weiblich .....	670	632	997	599
	zusammen .....	3.288	3.201	3.465	2.638
Sonstige Bundesländer	männlich .....	5.023	3.881	3.385	3.451
	weiblich .....	403	381	328	317
	zusammen .....	5.426	4.262	3.713	3.768

Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* ging im Juli abermals um 6.500 zurück und sank auf 74.400, d. s. 3'5 % der Berufsträger (Beschäftigte plus Arbeitslose). Im Vorjahr betrug der Rückgang im Juli 3.900, der Stand zu Ende des Monats 4'6 % der Berufsträger. Die Arbeitslosigkeit nahm in allen Berufsgruppen mit Ausnahme der Bekleidungsarbeiter ab, bei denen sich — saisonmäßig bedingt — eine Zunahme von 317 ergab. Wie bereits erwähnt wurde, verlangsamte sich mit dem Herannahen des Saisonhöhepunktes die Abnahme der Arbeitslosigkeit im August und fand in einigen Bundesländern bereits ihr Ende.

## Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 438—439

Die Zahl der im *Güterverkehr* der Bundesbahnen geleisteten Netto-Tonnenkilometer ging von 545'9 Mill. im Juni auf 533'4 Mill. im Juli zurück. Da die Zahl der Zugs- und Wagenachskilometer leicht gestiegen ist, dürfte der an und für sich saisonübliche mäßige Rückgang auf einer veränderten Zusammensetzung der Transporte beruhen. Der Binnenverkehr war auch im Juli lebhaft; der Bedarf an offenen Wagen für Kohle und Holztransporte ist gesunken, dafür nahm aber die Nachfrage nach gedeckten Wagen zu, teils für die ersten Erntetransporte, teils für Verfrachtungen der Linzer Stickstoffwerke, die einen größeren Exportauftrag abzuwickeln hatten. Im Transitverkehr stieg die beförderte Tonnage um 11 %, die Netto-t-km um 32 %, während die in Ein- und Ausfuhr bewegte Gütermenge um 10 % zurückging. Die täglichen Wagengestellungen sanken von 5.874 auf 5.794 (Voll- und Schmalspur), der durchschnittliche Wagenumlauf betrug 5'1 Tage.

Im *Personenverkehr* steigerte die Urlaubssaison die Frequenz von 5'3 Mill. verkauften Karten auf 6'6 Mill., womit der Reiseverkehr des Vorjahres um 10 % überschritten wurde. Die Zahl der Zugs- und Wagenachskilometer stieg von Juni auf Juli um 8 % und 14 %.

Im Zuge des fünften Preis-Lohn-Abkommens haben auch die Bundesbahnen weitere *Tarifmaßnahmen* ergriffen. Nachdem bereits ab 1. Juli ver-

schiedene Gütertarife erhöht worden waren<sup>1)</sup>, wurden ab 1. September die Personentarife sowie die Nebengebühren im Güterverkehr gesteigert.

Die Änderungen des Personentarifes brachten eine durchschnittliche Fahrpreiserhöhung um 20%, in der ersten 100-km-Zone 18% und in den Zonen 901 bis 1.000 km bis 62%. Innerhalb der Zone 1 bis 100 km wurde ein reiner Kilometertarif mit einem Einheitssatz von 20 Groschen pro Kilometer eingerichtet. Der Schnellzugzuschlag bis 180 km wurde aufgelassen, wodurch sich der bisherige Fahrpreis für 1 bis 100 km um 20% erniedrigt, während für 100 bis 180 km die Steigerung nur 11% beträgt gegenüber 25% im Personenzugsverkehr. Von den verschiedenen Fahrpreisermäßigungen wurde u. a. der Preis für die Arbeiterwochenkarte um 50%, für Schülermonatskarten um 20% hinaufgesetzt; der Wirkungsbereich der ermäßigten Rückfahrkarten wurde von 120 km auf 250 km erweitert<sup>2)</sup>. Die durch die Tarifreform erhoffte Einnahmesteigerung wird sich auf 98 Mill. S im Jahr belaufen, von denen 66 Mill. durch die Vollzahler, 15 Mill. durch die Herabsetzung allgemeiner Ermäßigungen, 10 Mill. durch die Herabsetzung sozialer Ermäßigungen und 7 Mill. S durch den Auslandsverkehr hereingebracht werden sollen.

Die Erhöhung der Nebengebühren im Gütertarif Teil I und II betrifft das Wiege-, Lager-, Platz- und Wagenstandgeld sowie Zählgebühr und Nebengebühren für Ver Zollungsleistungen, Übermittlungen von Nachrichten, Ladeleistungen usw. Die Sätze wurden durchschnittlich um 60 bis 100% gesteigert, das Wiegegeld für Eisenbahnwagen sogar verdreifacht. Diese Einnahmesteigerung dürfte sich auf 10 Mill. S belaufen.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen und österreichischen Bahnverwaltungen über die Reaktivierung der deutsch-österreichischen *Gemeinschaftsbahnhöfe*, wie sie vor dem Kriege bestanden, sind erfolgreich abgeschlossen worden. Ab 1. Oktober 1951 werden die Bahnhöfe Passau, Simbach, Salzburg, Kufstein und Lindau-Reutin wieder als *Gemeinschaftsbahnhöfe* geführt, wodurch der Tarifschnitt, der bisher an der Staatsgrenze lag, nach den *Gemeinschaftsbahnhöfen* verlegt wird. Die Frachtberechnung wird in Zukunft seitens der ÖBB von und nach Passau, Simbach und Lindau-Reutin und seitens der DB von und nach Salzburg und Kufstein erfolgen. Das Übereinkommen bedeutet eine Frachtverbilligung im Grenzverkehr, wodurch insbesondere das Reexpeditionsgeschäft in den Grenzorten begünstigt wird und eine erhebliche Vereinfachung der Abfertigungen im Grenzverkehr gegeben ist.

Im *Straßenverkehr* wurde zusammenhängend mit der Personentarifreform der ÖBB der Kilometersatz im Linienverkehr von 16 auf 22 Groschen erhöht. Damit liegen die Fahrpreise des gewerblichen Personen-Straßenverkehrs in allen Relationen über jenen der Bundesbahnen, während sie bisher gleich hoch, meist aber darunter lagen. Da die Bundesbahnen einen 20-Groschen-Satz (bis 100 km) und in der konkurrenziiell besonders gefährdeten Zone von 1

bis 100 km den reinen Kilometertarif eingeführt haben, hat sich das Konkurrenzverhältnis zumindest tarifarisch völlig zu Gunsten der Bahn verschoben; allerdings bleibt abzuwarten, ob der Tarifsatz von 22 Groschen, der ein Höchstsatz ist, eingehalten wird. Im Gelegenheitsverkehr liegen die neuen Kilometersätze zwischen 18 bis 20 Groschen.

Im *Donauverkehr* zwischen Regensburg und Wien haben die drei Gesellschaften DDSG, Bayerischer Lloyd und die jugoslawische Schiffahrtsgesellschaft ein ab 1. August gültiges Übereinkommen über eine einheitliche und gemeinsame Kundenbedienung (Fahrplan, Abfertigung, Transportrisiko) getroffen. Die einheitlichen Beförderungsbestimmungen machen es für den Verfrächter gleichgültig, welcher Gesellschaft er den Transportauftrag erteilt. Außerdem dürfte sich durch die Beteiligung der jugoslawischen Gesellschaft der Verkehr bis und ab Wien sehr beleben.

Der *Fremdenverkehr* von Deutschland nach Österreich ist durch das ab 4. August gültige Reiseabkommen sehr erleichtert worden. Die umständlichen und kostspieligen Ausreisebestimmungen für Deutsche nach Österreich sind aufgehoben worden, so daß der Reisepaß genügt. Allerdings gelten die Bestimmungen nur für die Bewohner Westdeutschlands und für den Besuch Westösterreichs.

## Außenhandel

*Dazu statistische Übersichten S. 440—442*

Entgegen den saisonmäßigen Erwartungen stieg die *Ausfuhr* im Juli und lag mit 911'8 Mill. S um 34'2 Mill. S über der vom Juni. Darin spiegelt sich die allgemein günstige Exportsituation. Rückschläge infolge des Preis-Lohn-Abkommens können sich erst nach einiger Zeit bemerkbar machen, da die *Exportlieferungen* (im Gegensatz zu den *Exportaufträgen*) in einigem Abstand hinter den geänderten Bedingungen nachhinken.

So wie die *Ausfuhr* erreichte auch die *Einfuhr* im Juli einen neuen Höhepunkt, der mit 1.254'7 Mill. S allerdings nur wenig (um 5'5 Mill. S) die *Einfuhr* im Vormonat übersteigt. Die Zunahme der kommerziellen *Einfuhr* allein betrug 28'9 Mill. S; hingegen fiel die ERP-*Einfuhr* von dem hohen Stand der beiden Vormonate zurück und betrug nur 285'5 Mill. S. Der *Einfuhrüberschuß* im kommerziellen Verkehr ging weiter zurück und war mit 57'4 Mill. S der niedrigste im laufenden Jahr.

Die Wertzunahme der kommerziellen *Einfuhr* erfaßt so ziemlich alle Warengruppen, nur die Gruppe „Ernährung und Getränke“ (einschließlich Tabak) zeigt einen scharfen Rückgang von 210'8

<sup>1)</sup> Siehe Heft 6 der Monatsberichte, Jg. 1951, Seite 304.

<sup>2)</sup> Weitere Einzelheiten über die Tarifreform siehe Beilage 16,

Mill. S im Juni (213 Mill. S im Durchschnitt des ersten Halbjahres) auf 125'2 Mill. S im Juli. Er ist vor allem auf den jahreszeitlich zu erklärenden Ausfall von Getreidelieferungen zurückzuführen. Weizenlieferungen, die im Juni 24'1 Mill. S betragen hatten, fielen vollkommen aus und auch die anderen Getreideimporte sanken von nahezu 50 Mill. S im Juni auf weniger als 7 Mill. S. Aber auch die Einfuhr einiger anderer Nahrungsmittel wie Zucker, Gemüse, Kaffee, Kakao und Tee ist gesunken. Hingegen stieg der Wert der Vieh- und Fleischeinfuhr.

Die Ausfuhrsteigerung hat ihr Schwergewicht bei Maschinen und Verkehrsmitteln (+ 24'5 Mill. S) und chemischen Erzeugnissen (+ 17'5 Mill. S). Im Juli wurden Maschinen und Verkehrsmittel im Werte von 122'4 Mill. S oder 14% der Gesamtausfuhr ausgeführt, hauptsächlich nach Osteuropa. Allein Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn nahmen 35% von dieser Ausfuhr auf.

Damit folgt der Außenhandelsverkehr Österreichs mit diesen Staaten der üblichen Entwicklung, wie sie sich zwischen Industrieländern und industrialisierenden Ländern — etwa England und Deutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts — ergibt. Im Frühstadium schickt der Industriestaat hauptsächlich Konsumfertigerwaren im Austausch gegen Rohstoffe und Nahrungsmittel in die unterentwickelten Gebiete. Dieses Verhältnis zwischen Österreich und Osteuropa war für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg charakteristisch. In der nächsten Phase beginnen sich die weniger entwickelten Länder in einigen Sparten der Fertigwarenindustrie — insbesondere der Textilindustrie — auf eigene Füße zu stellen und nebst Konsumwaren auch verschiedene Maschinen einzuführen. Dieses Stadium wurde in der Zwischenkriegszeit erreicht. Der nächste Schritt ist der Aufbau einer eigenen Maschinenproduktion und damit eine gesteigerte Nachfrage nach Werkzeugmaschinen aller Art und komplizierten optischen und mechanischen Geräten. Diese Einfuhren werden noch immer zum Teil oder vorwiegend durch Rohstoffe und Nahrungsmittel bezahlt. In dieser Phase befindet sich der Austausch Österreichs mit Osteuropa im gegenwärtigen Zeitpunkt. Schließlich folgt dann die Endphase, in der die Entwicklung der industriell rückständigen Gebiete weiter fortgeschritten ist und in der sich dann Möglichkeiten eines breiteren Warenaustausches auf höherer Ebene ergeben, bei dem Rohstoffe, Maschinen und Konsumfertigerwaren mannigfaltigster Art je nach Bedarf und Kostenlage nach beiden Richtungen hin ausgetauscht werden.

*Ausfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln nach Osteuropa im Juli 1951*

	Mill. S
Tschechoslowakei .....	15'1
Polen .....	14'0
Jugoslawien .....	9'4
Ungarn .....	4'5

Der Zunahme der Ausfuhr von gewissen Fertigwaren steht ein leichtes Zurückbleiben der Rohstoff-

ausfuhr (ohne halbfertige Waren und ohne Brennstoffe) im Juli gegenüber. Sie fiel zufolge Beschränkungen der Holzausfuhr (um 18 Mill. S) von 282 Mill. S im Juni auf 277'4 Mill. S. (Die Rohstoffausfuhr ohne Holz stieg demgemäß von 108'6 Mill. S im Juni auf 122 Mill. S im Juli.) Es handelt sich hier nur um einen Rückgang, der nicht weiter fortschreiten wird, da das Wirtschaftsdirektorium die Schnittholzausfuhr für das zweite Halbjahr 1951 mit 1'4 Mill. m<sup>3</sup> festgesetzt hat, eine Menge, deren Monatsanteil ungefähr die Juliausfuhr entspricht und die über dem Volumen der Ausfuhr des ersten Halbjahres liegt.

Der Rückgang der Holzausfuhr machte sich besonders im Export nach Italien und den Niederlanden bemerkbar, obwohl hier auch andere Faktoren (Beendigung des Kompensationsverkehrs mit den Niederlanden) eine Rolle spielen. Hingegen bewahrte die Ausfuhr nach Großbritannien ihre nun schon seit Beginn dieses Jahres ständig steigende Tendenz, und zum erstenmal war dieses Land mit 96'2 Mill. S — hinter Westdeutschland — der zweitbeste Kunde. Sehr stark stieg auch die Ausfuhr nach Rumänien und der Tschechoslowakei, so daß der Anteil Osteuropas am österreichischen Export zum erstenmal seit Jänner wieder über 15% lag.

*Zahlungsbilanz*

Die Zahlungsbilanzergebnisse für das erste Halbjahr 1951 sind gegenüber 1950 vor allem durch das höhere Preisniveau und bis zu einem gewissen Grade auch durch höhere Umsätze gekennzeichnet. Die Zahlungsbilanzsumme war im ersten Halbjahr 1951, wenn man sie auf das ganze Jahr umrechnet (d. h. sie wird mit zwei multipliziert, um sie direkt mit dem Jahresergebnis von 1950 vergleichbar zu machen), mit 734'66 Mill. Dollar um 141'81 Mill. Dollar oder 24% größer als im Jahre 1950. Zudem war die Steigerung im Laufe des ersten Halbjahres 1951 nur mehr gering: Die Bilanzsumme stieg von 183'41 Mill. Dollar im ersten Vierteljahr auf 186'33 Mill. Dollar im zweiten Vierteljahr.

Angesichts dieser Aufblähung der Nominalwerte nahm auch das Defizit zu, selbst wenn real gewisse Einsparungen durchgeführt wurden. Das Defizit betrug im ersten Halbjahr 1951 241'36 Mill. Dollar (Jahresrate) gegenüber nur 206'79 Mill. Dollar im Jahre 1950. Die Zunahme des Defizits beträgt demnach 17% gegenüber der 24%igen Zunahme der Gesamtbilanz. Auch ging das Defizit vom ersten zum zweiten Quartal 1951 infolge der Erschöpfung der Ausgangsposition bei der EZU stark zurück — von 70'28 Mill. Dollar auf 50'40 Mill. Dollar — und lag

daher im zweiten Quartal etwas unter dem Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

Trotzdem ist das Zahlungsbilanzdefizit noch beunruhigend hoch, nicht nur angesichts der Notwendigkeit, von ausländischer Hilfe unabhängig zu werden, sondern auch weil im Jahre 1951 andere Reserven eingesetzt wurden, um das Defizit nicht weiter wachsen zu lassen<sup>1)</sup>. Während im Jahre 1950 ausländische Kredite nur im Ausmaß von 4'88 Mill. Dollar in Anspruch genommen wurden, aber im Betrage von 6'93 Mill. Dollar zurückgezahlt wurden, also mehr Schulden abgetragen als eingegangen wurden, betrugen im ersten Halbjahr 1951 die entsprechenden Zahlen (immer in Jahresraten) 15'14 Mill. Dollar und 13'90 Mill. Dollar, was also nicht nur eine Vergrößerung des Umsatzes auf dem Kapitalkonto, sondern auch eine stärkere Belastung der Passivseite bedeutet. Ähnlich steht es bei den kurzfristigen Auslandsguthaben. Sie konnten im Jahre 1950 um 30'27 Mill. Dollar vermehrt werden, nahmen im ersten Halbjahr 1951 aber um 7'92 Mill. Dollar (Jahresrate) ab<sup>2)</sup>. Der Inanspruchnahme ausländischer Kredite und Guthaben sind aber auf die Dauer Grenzen gesetzt, so daß eine rasche weitere Einengung des Defizites nach wie vor zu den vordringlichsten Aufgaben zählt.

Der Schwerpunkt der Verbesserung der Zahlungsbilanz wird zweifellos bei der Handelsbilanz liegen müssen. Trotz verbesserten Einnahmen im Reiseverkehr — in der saisonmäßig schwächeren ersten Jahreshälfte brachte er bereits mehr als die Hälfte der Deviseneinnahmen des gesamten Vorjahres ein — leistet die Dienstleistungsbilanz nach wie vor nur einen geringfügigen Beitrag zur Lösung des Importproblems und zeigt auch keine Ansätze zu bedeu-

<sup>1)</sup> Genauer gesagt ist der Tatbestand so, daß das Defizit weitgehend durch das Ausmaß der direkten und indirekten ERP-Hilfe bestimmt ist. Bewegungen auf dem Kapitalkonto, von denen hier die Rede ist, dienen dann dazu, darüber hinausgehende Diskrepanzen zwischen Importen und Exporten zu überbrücken.

<sup>2)</sup> Sie nahmen im ersten Quartal um 2'41 Mill. Dollar zu und im zweiten Quartal — als die Ausgangsposition erschöpft war — um 6'37 Mill. Dollar ab. Daraus ergibt sich für das gesamte erste Halbjahr 1951 eine Nettoabnahme von 3'96 Mill. Dollar, was einer Jahresrate von 7'92 Mill. Dollar entspricht.

tenderen Verbesserungen. Das Handelsbilanzdefizit (einschl. Stromlieferungen) betrug im ersten Halbjahr 1951 (in Jahresraten) 223'16 Mill. Dollar und hat gegenüber 1950 um 76'60 Mill. Dollar zugenommen. Demgegenüber betrug das Aktivum der Dienstleistungsbilanz im ersten Halbjahr 1951 nur 19'72 Mill. Dollar (Jahresrate). Es war nur um 2'11 Mill. Dollar größer als im Jahre 1950.

### Zahlungsbilanz Österreichs 1950 und erstes Halbjahr 1951<sup>1)</sup>

	1950	1951			1. Halbj. Jahresrate
		I. Quartal	II. Quartal	1. Halbj.	
in Mill. US-Dollar <sup>2)</sup>					
<b>Ausgänge</b>					
<b>I. Einfuhren</b>					
Kommerzielle Warenimporte einschließlich ERP, indirekte Hilfe .....	357'30	120'60	130'99 <sup>3)</sup>	251'59 <sup>3)</sup>	503'18 <sup>3)</sup>
ERP-Lieferungen, direkte Hilfe .....	119'48	27'12	39'80 <sup>3)</sup>	66'92 <sup>3)</sup>	133'84 <sup>3)</sup>
Sonstige Hilfslieferungen ..	4'21	0'60	0'60	1'20	2'40
Strombezüge .....	0'61	—	— <sup>3)</sup>	— <sup>3)</sup>	— <sup>3)</sup>
Summe I	481'60	148'32	171'39 <sup>3)</sup>	319'71 <sup>3)</sup>	639'42 <sup>3)</sup>
<b>II. Dienstleistungen und Zinsendienst</b>					
Fracht und Spedition .....	15'72	4'17	3'95	8'12	16'24
Reiseverkehr .....	3'63	0'98	1'35	2'33	4'66
Sonstige Dienstleistungen ..	8'65	2'68	3'77	6'45	12'90
Zinsen .....	0'53	0'14	0'09	0'23	0'46
Summe II	28'53	7'97	9'16	17'13	34'26
<b>III. Rückzahlungen von Auslandskrediten .....</b>					
	6'93	3'71	3'24	6'95	13'90
<b>IV. Netto-Veränderung der kurzfristigen Auslandsguthaben und -verpflichtungen .....</b>					
Unaufgeklärte Differenz ...	45'52	21'00	2'54 <sup>3)</sup>	23'54 <sup>3)</sup>	47'08 <sup>3)</sup>
Summe der Ausgänge	592'85	183'41	186'33 <sup>3)</sup>	367'33 <sup>3)</sup>	734'66 <sup>3)</sup>
<b>Eingänge</b>					
<b>I. Ausfuhren</b>					
Warenexporte .....	328'62	96'43	109'27 <sup>3)</sup>	205'70 <sup>3)</sup>	411'40 <sup>3)</sup>
Stromlieferungen .....	6'42	0'89	1'54 <sup>3)</sup>	2'43 <sup>3)</sup>	4'86 <sup>3)</sup>
Summe I	335'04	97'32	110'81 <sup>3)</sup>	208'13 <sup>3)</sup>	416'26 <sup>3)</sup>
<b>II. Dienstleistungen und Zinsendienst</b>					
Fracht und Spedition .....	6'94	1'52	2'97	4'49	8'98
Reiseverkehr .....	15'05	3'38	4'34	7'72	15'44
Sonstige Dienstleistungen ..	24'15	6'82	7'59	14'41	28'82
Zinsen .....	—	0'18	0'19	0'37	0'74
Summe II	46'14	11'90	15'09	26'99	53'98
<b>III. Inanspruchnahme von Auslandskrediten .....</b>					
	4'88	3'91	3'66	7'57	15'14
<b>IV. Netto-Veränderung der kurzfristigen Auslandsguthaben und -verpflichtungen .....</b>					
	—	—	6'37	3'96	7'92
<b>V. Finanzierung des Defizits durch Hilfslieferungen</b>					
ERP, direkte Hilfe .....	119'48	27'12	39'80 <sup>3)</sup>	66'92 <sup>3)</sup>	133'84 <sup>3)</sup>
ERP, indirekte Hilfe .....	83'10	42'56	10'00	52'56	105'12
Sonstige Hilfslieferungen ..	4'21	0'60	0'60	1'20	2'40
Summe V	206'79	70'28	50'40 <sup>3)</sup>	120'68 <sup>3)</sup>	241'36 <sup>3)</sup>
Summe der Eingänge	592'85	183'41	186'33 <sup>3)</sup>	367'33 <sup>3)</sup>	734'66 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Nach Angaben der Österreichischen Nationalbank. — <sup>2)</sup> Mit Rücksicht auf die Änderung des Schillingkurses erfolgte die Aufstellung der Zahlungsbilanz in fremder Währung. — <sup>3)</sup> Vorläufige Zahl.